

ARBEITSLOSE VERLIEREN



ZUR REFORM
DER ARBEITS-
FÖRDERUNG
Seite 7

KINDERLADEN- INITIATIVE



INGRID WAGEMANN
SPRACH MIT UTE
DALLUHN
Seite 8

GANZTAGS GEGEN BILDUNGSARMUT



WOVOR SCHWARZ-
GELB SICH IM LAND
DRÜCKT
Seite 9

AUSSERDEM:

- BILDUNGSPAKET S. 5
- KOMMUNALWAHL S. 6
- WIE WEITER MIT GRÜN? S. 14

GRÜNE SEITEN



MITTEILUNGSBLATT VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER

JUNI 2011

Fünfundzwanzig Jahre nach der entsetzlichen Reaktorkatastrophe vom 26. April 1986 in Tschernobyl hat uns nun die dreifache Katastrophe vom 11. März in Japan mit dem fürchterlichen Erdbeben, den unvorstellbaren Verwüstungen durch die folgenden Tsunamiwellen und der anschließenden nuklearen Katastrophe im japanischen Atomkraftwerk Fukushima auf schreckliche Weise deutlich gemacht, dass weltweit kein Atomkraftwerk vor einer Kernschmelze gefeit ist, auch in Deutschland nicht. Eine Kernschmelze kann immer auftreten wenn der Strom ausfällt und Notstromaggregate versagen. Auch deutsche Atomkraftwerke, wie das nur rund 43 Kilometer von Hannover entfernte AKW Grohnde, sind nicht gegen eine Kernschmelze aufgrund eines Flugzeugabsturzes, eines terroristischen Angriffes oder anderer Vorfälle geschützt.

Bereits kurz nach der Katastrophe von Tschernobyl hat der Rat der Landeshauptstadt auf Grüne Initiative am 26. Juni 1986 den Ausstieg Hannovers aus der Atomenergie beschlossen. Infolgedessen können die Stadtwerke Hannover seit 1992 alle hannoverschen KundInnen, inklusive der Stadt selbst, komplett mit kernenergiefreiem Strom versorgen.

Nach der nuklearen Katastrophe von Fukushima war es für uns an der Zeit, dass der Rat erneut ein Zeichen gegen die Atomenergie und für den stetigen Ausbau der regenerativen Energien setzt. Wir haben deshalb eine Resolution eingebracht, in der der Ratsbeschluss von 1986 zum Ausstieg aus der Atomenergie bekräftigt und die klare strategische Ausrichtung der Stadtwerke auf

AUF NIMMER WIEDERSEHEN!

Die Atomenergie hat keine Zukunft, doch was nun? Wird der Atomausstieg teuer? Wie gelingt die Energiewende? Was sind die Konsequenzen für die Energiepolitik vor Ort? - Michael Dette, umweltpolitischer Sprecher der Grünen Ratsfraktion Hannover, Brigitte Nieße, Sprecherin für Klimaschutz der Grünen Regionsfraktion und Sven-Christian Kindler, Mitglied des Haushaltsausschusses im Bundestag, geben Auskunft.



FÜR IMMER ABSCHALTEN! UMZINGELUNG DES AKW GROHNDE.
FOTO: HERBERT HOPPE

den Ausbau der regenerativen Energien und die Stromerzeugung durch Kraft-Wärme-Kopplung unterstützt wird. Außerdem werden in der Resolution die Bundesregierung und die Landesregierung aufgefordert, die sieben ältesten Atomkraftwerke und das AKW Krümmel sofort endgültig still zu legen. Der Deutsche Bundestag wird aufgefordert, die Verlängerung der Laufzeiten für die deutschen Atomkraftwerke zurückzunehmen und an alle Gebietskörperschaften in Deutschland wird appelliert,

schnellstmöglich den vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie vorzubereiten und umzusetzen.

In Hannover waren und sind dabei die Stadtwerke ein wichtiger Partner unserer atomfreien und fortschrittlichen Energiepolitik. Wir begrüßen deshalb außerordentlich den schon vor den schrecklichen Ereignissen in Fukushima getroffenen Beschluss, bis zum Jahr 2020, 590 Millionen Euro in die regenerative

FORTSETZUNG: SEITE 2

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE!

Nun liegt das schwarz-gelbe Papier zum Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomkraft vor. Es ist schon bezeichnend für die Regierung, dass Sie nach ihrem ersten Großprojekt, der Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke, den Ausstieg nun als "historisch" für das Land bezeichnet. Für uns stellt sich nun die Frage, wie wir mit dem Gesetzentwurf der Regierung umgehen. Da diese Entscheidung wohl überlegt sein will und es gute Gründe dafür und dagegen gibt, wurde vom Bundesvorstand zu einer außerordentlichen BDK am 25. Juni in Berlin eingeladen. Daher haben wir als Regionsverband wiederum beschlossen, zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 14. Juni einzuladen, um die Frage zu diskutieren.

Für uns Grüne ist klar: Der Strom der Zukunft ist erneuerbar. Eine Vision in eine erneuerbare Zukunft wagt unsere neue Broschüre zur Vision einer klimaneutralen Region Hannover, die in den letzten Monaten von einer Gruppe von Energie- und Klimaschutzfachleuten erarbeitet wurde und der mit der Post versandten Auflage dieser Grünen Seiten beiliegt. In dieser Ausgabe befinden sich Beiträge von Brigitte Nieße und Michael Dette zum Thema.

Last but not least: Unser Homepage gruene-hannover.de hat ein neues Design. Vorbeischaun lohnt sich!

**BRIGITTE DEYDA &
CHRISTIAN GAILUS
REGIONSvorsitzende**

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Energieerzeugung zu investieren. Damit werden die Stadtwerke bereits 2020 alle hannoverschen Privathaushalte komplett mit Strom aus erneuerbarer Energieerzeugung und alle KundInnen in Hannover (auch Industrie- und Gewerbekunden) mit Energie aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und aus erneuerbarer Energieerzeugung versorgen können.

Doch nicht nur die Stadtwerke betreiben eine fortschrittliche Energiepolitik. Auch die Stadt Hannover selber ist Vorreiterin beim Energiesparen, unter anderem in ihren eigenen Büros



AKW NEE! - MARK BINDERT, MICHAEL DETTE, ENNO HAGENAH.
FOTO: H. HOPPE

und beim Einsatz von Green-IT. Unsere vor 10 Jahren gegründete Klimaschutzagentur und der Pro-Klima-Fonds haben in der Vergangenheit und werden in der Zukunft dazu beitragen, dass wir in Hannover effektiv und schnell unsere Energieversorgung auf fortschrittliche und damit regenerative Energieträger umstellen.

Angesichts des großen Leids in Japan aufgrund von Erdbeben und Tsunami, insbesondere aber aufgrund der in Fukushima außer Kontrolle geratenen Reaktoren, die große Gebiete auf Jahrzehnte unbewohnbar gemacht haben und den Pazifik radioaktiv verseuchen, ist die große Mehrheit der Menschen in Hannover und in ganz Deutschland sich darin einig, dass die Atomtechnologie unverantwortlich ist. Das haben auch die letzten Wahlen, insbesondere in Baden-Württemberg gezeigt. Und wenn das Umweltbundesamt vorrechnet, dass ein Atomausstieg ohne Versorgungsengpässe und Preissteigerungen sogar bis 2017 problemlos möglich sei, dann sollten wir alles unternehmen, um den Atomausstieg in dieser Frist auch zu verwirklichen!

MICHAEL DETTE
michael.dette@
hannover-rat.de



ICH BIN DOCH NICHT BLÖD!

Sven-Christian Kindler, Mitglied im Haushaltsausschus des Bundestages über die Mär vom billigen Atomstrom.



STEFAN WENZEL, SVEN-CHRISTIAN KINDLER, CHRISTIAN MEYER, ANNE KURA UND JAN HAUDE AM AKW GROHNDE. FOTO: HERBERT HOPPE

Landauf, landab hört man die Geschichte: Der Atomausstieg wird teuer. Und die Energiewende erst! Aber ob der Strompreis für die VerbraucherInnen steigt, hängt in erster Linie vom Börsenpreis ab. Und da gilt grundsätzlich: Das letzte Kraftwerk, das benötigt wird um den Strombedarf zu decken, bestimmt den Preis. Dies sind nie unflexible Atomkraftwerke, sondern flexible Gaskraftwerke.

Weder die Anzahl der AKW am Netz noch die Höhe der Brennelementesteuer hat Einfluss auf den Strom-Börsenpreis. Die Kosten eines Gaskraftwerks werden dagegen von anderen Faktoren wie der Schwankung des Öl- und Gaspreises durch externe Ereignisse, wie beispielsweise infolge der Libyen-Krise, beeinflusst. Das hat aber nichts mit dem Atomausstieg zu tun.

Dies bestätigt sich auch aktuell im großen „Echtzeit-Versuch“ Atommoratorium. Durch das Moratorium gab es keine Preissteigerung am Spotmarkt der Energiebörse EEX. Am Terminmarkt, an dem Strom für den zukünftigen Verbrauch gekauft wird, gab es zwar nach dem Super-GAU in Fukushima einen leichten Preisanstieg. Der Grund hierfür ist aber viel eher in der weltweit gestiegenen Gasnachfrage infolge

fehlenden Atomstroms in Japan zu suchen. Außerdem lagen die Strompreisschwankungen in der mittelfristigen Perspektive noch im normalen Schwankungsbereich.

Zudem liegt der Angst vor dem teuren Atomausstieg noch ein weiterer Irrtum zu Grunde: Die dreiste Lüge der Atomlobby, Atomstrom sei billig. Das Forum für Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS) hat in einer Studie für Greenpeace Energy errechnet, dass der wahre Preis des Atomstroms bei Einbezug der Umweltbelastung durch die Atomkraft bei 12,8 Cent je Kilowattstunde liegt. Die Differenz zum Börsenpreis haben die SteuerzahlerInnen bereits über Subventionen gezahlt und zahlen sie teilweise noch heute. So hat das FÖS berechnet, dass die Atomindustrie von 1970 bis 2010 insgesamt knapp 200 Mrd. Euro an Steuergeldern erhalten hat. Und damit nicht genug. Im Zweifelsfall haften wir alle für einen Super-GAU, gegen den die Atomkonzerne nicht ausreichend versichert sind.

Die Erneuerbaren Energien haben zwei direkte Effekte auf den Strompreis: Zum einen erhöht die EEG-Umlage den Strompreis, zum anderen senkt schon heute das Angebot an Strom aus Erneuer-

baren Energien den Börsenpreis (Merit Order). Da die EEG-Umlage für 2011 zu hoch angesetzt war (3,5 Cent/kWh statt 2,7 Cent/kWh), wird sie im nächsten Jahr gesenkt und voraussichtlich bis 2020 unterhalb des Niveaus von 2011 bleiben.

Mittelfristig führt der Ausbau der Erneuerbaren Energien sogar zu einem günstigeren Strompreis. Mehrere Gründe tragen dazu bei: Mit zunehmender Massenfertigung und Innovationsentwicklung sinken die spezifischen Stromerzeugungskosten der Erneuerbaren Energien kontinuierlich. Zudem sind die Erneuerbaren Energien mit Ausnahme der Biomasse frei von Brennstoffkosten, womit sie Unabhängigkeit von Kostensteigerungen bei Kohle, Uran und Erdgas schaffen. Langfristig entlasten Erneuerbare Energien den Strompreis, weil sie weder CO₂- noch Entsorgungskosten verursachen.

Auch volkswirtschaftlich betrachtet schaffen Erneuerbare Energien viele Kostenvorteile: Viele Stadtwerke mussten ihre Investitionen in Erneuerbare mit der schwarzen Laufzeitverlängerung einstellen, weil Atomstrom nach dem Willen von Schwarz-Gelb weiter die Netze verstopfen sollte. Durch den Atomausstieg wird der Wettbewerb gestärkt. Es gibt wieder Investitionsanreize für Anbieter jenseits der großen vier Energiekonzerne, so wird ihre Marktmacht durchbrochen. Damit werden hunderttausende Arbeitsplätze geschaffen und die Steuereinnahmen steigen. Nicht zuletzt entfesselt der Atomausstieg Innovationen, welche den Unternehmen im internationalen Wettbewerb langfristig Vorteile bringen werden.

Unser Grüner Fahrplan für den Atomausstieg und eine konsequente Energiewende steht. Wir wollen bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode endgültig und unwiderruflich raus aus der Atomkraft. Ohne Hintertüren und Hintertüren. Ohne neue Kohlkraftwerke! Ohne die Energiesicherheit und die Klimaschutzziele aufs Spiel zu setzen. Dass das bis 2017 geht hat das Umweltbundesamt gerade erst bestätigt. In diesem Sinne: Atomkraft: Schluss jetzt!

SVEN-CHRISTIAN KINDLER
sven-christian.kindler@
bundestag.de



Die katastrophalen Vorfälle in den japanischen Atomkraftwerken in Fukushima zeigen 25 Jahre nach Tschernobyl, dass Atomkraft nicht beherrschbar ist. Mit dieser Erfahrung ist die Notwendigkeit für einen raschen Umbau des Energiesystems deutlicher denn je. In Niedersachsen kommen derzeit 45 Prozent der Stromerzeugung aus AKWs und 22 Prozent aus erneuerbaren Energien.

Um die Energiewende zu erreichen gilt für uns: Raus aus der Atomkraft! Keine Laufzeitverlängerung! Ausstieg bis zum Jahr 2017! Alte Meiler bleiben vom Netz! Sicherheitsstandards müssen dem kerntechnischen Regelwerk von 2009 entsprechen! Alle Anstrengungen und finanziellen Potenziale müssen auf eine konsequente Energiewende ausgerichtet werden!

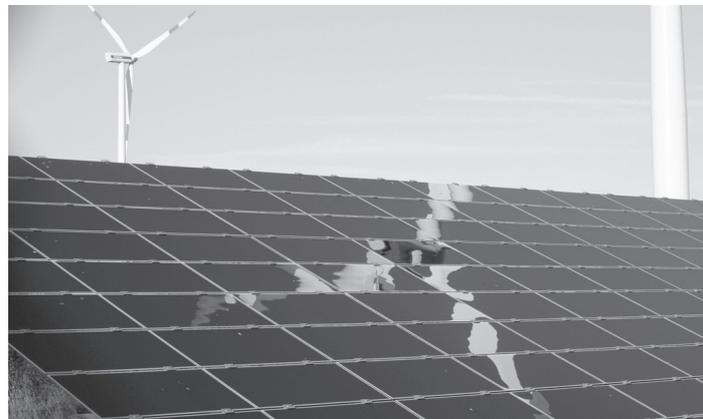
Um die Energiewende zu erreichen, brauchen wir die drei großen E: Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien.

Energiesparen kann jeder Haushalt. In der Region haben wir dies in den letzten Jahren mit vielen Programmen unterstützt. Ein Beispiel sind die Erfolge der individuellen Beratung durch die prämierte Kampagne „Gut beraten starten“ der Klimaschutzagentur. Neben den Privathaushalten müssen die öffentliche Hand, die Städte und Gemeinden und die Region selbst zum Energiesparen und zur Energieeffizienz beitragen. Unsere Gemeinden haben im letzten Jahr begonnen mit Klimaschutzaktionsprogrammen Grundlagen für die Energiewende zu schaffen. In der Regionsversammlung haben wir mit unserem Klimaschutzrahmenprogramm einen guten Handlungsrahmen beschlossen: Für die Stromversorgung haben wir den Atomstrom ausgeschlossen. Unsere Neubauten werden im Passivhausstandard gebaut. Und mit dem Konjunkturprogramm haben wir unsere Schulen energetisch erneuert.

Aber um all unsere Gebäude zeitnah energieeffizient zu sanieren, müssen wir in den nächsten Haushaltsplänen größere Millionenbeträge einstellen. Wir wollen uns mit einem mehrjährigen Sanierungsprogramm dazu verpflichten. Damit nicht genug. In vielen wirtschaftlichen Bereichen bleibt der Energiebedarf hoch. Im Strommix muss für diesen Bedarf

DIE ENERGIEWENDE BEGINNT VOR ORT!

Von **Brigitte Nieße, Sprecherin für Klimaschutz der Regionsfraktion.**



WIND UND SONNE SIND NUR EIN TEIL DER ENERGIEWENDE.
FOTO: CC BY NC BBY_ VIA FLICKR.COM

der Anteil erneuerbarer Energien steigen. Dafür brauchen wir Windenergie, Biomasseanlagen, Solarkraft, Blockheizkraftwerke und mehr dezentrale Energieerzeugung. Wir haben in der Region kommunale Stadtwerke. Die lokale Politik muss hier ihre Einflussmöglichkeiten nutzen und den Ankauf von Öko- oder Naturstrom forcieren. Wir wollen unsere Anteile an Gesellschaften nutzen, um den Umstieg auf Ökostrom vorzunehmen.

Windenergie ist eine tragende Säule der erneuerbaren Energieerzeugung. In einzelnen Gemeinden der Region kann sie bereits heute einen großen Teil des örtlichen Energiebedarfs decken. Die Region hat mit der Ausweisung von Vorrangflächen viel dazu beigetragen. Jetzt ist die Verdopplung der Leistung von 300 auf 700 Megawatt anzustreben. Das Repoweringverfahren, bei dem an vorhandenen Standorten Anlagen ausgebaut oder durch neue ersetzt werden, steht aufgrund des geringen Alters unserer Anlagen erst in einigen Jahren an. Wir brauchen

also neue Standorte. Wichtige Voraussetzung hierzu ist, dass die Höhenbeschränkungen in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen fallen.

Im Energiemix unverzichtbar ist auch die Gewinnung von Gas und Strom in Biomasseanlagen. Zusammen mit den kommunalen Stadtwerken als Partner wollen wir die Direkteinspeisung des Gases in Gasleitungen weiterentwickeln. Das ist sinnvoller als das noch weit verbreitete System der Wandlung des Gases zu Strom und Nahwärme, weil es für die Wärme im ländlichen Raum oft zu wenige AbnehmerInnen gibt. Vor Ort wird die Diskussion um neue landwirtschaftliche Anlagen auch von Grünen kontrovers geführt. Die direkten Folgen für die Feldbewirtschaftung und damit die Biodiversität von Natur und Landschaft sind zu bedenken und über Umbruchverbote und Schutzflächen sicher zu stellen. Wir sollten an einem „Runden Tisch“ mit Verbänden und Betrieben ein schlüssiges Konzept für Biomasseanlagen in der Region Hannover entwickeln.

UNSERE VISION: DIE KLIMANEUTRALE REGION HANNOVER

In einer neuen Broschüre zeigt der Grüne Regionsverband Hannover Wege auf, wie das ehrgeizige Ziel einer klimaneutralen Region Hannover verwirklicht werden kann. Die Broschüre wird mit dieser Ausgabe der Grünen Seiten versandt, kann im Internet unter www.gruene-hannover.de heruntergeladen oder im Grünen Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1 in Hannover, mitgenommen werden.

Solare Energiegewinne nehmen im Strommix heute noch eine zu bescheidene Rolle ein. Wir sollten alle Möglichkeiten nutzen, Standorte für Photovoltaikflächen dem wachsenden Markt in der Region anzubieten. Die Industrie sollte als Partner geeignete Flächen bereitstellen. Seit langem fordern wir, dass die Dachflächen regionseigener Gebäude für Bürger-Solaranlagen genutzt werden. Bisher fehlt uns jedoch eine Liste der zur Verfügung gestellten Dachflächen. Die Stadt Osnabrück und auch die Stadt Braunschweig stellen schon heute ihren Bürgerinnen und Bürgern ein Solarkataster kostenfrei zur Verfügung!

Blockheizkraftwerke gewinnen Strom und Wärme bei kontrollierter Energieverbrennung. Diese Technologie kann mittlerweile auf kleine Einheiten übertragen werden und wird von vielen Herstellern für kleine Haushalte angeboten. Die Klimaschutzagentur macht mit jährlichen Kampagnen auf diese attraktive Form der dezentralen Energiegewinnung aufmerksam. Hier lässt sich mehr erreichen. Jedes Haus sein eigener Stromproduzent - dieses Ziel ist sicherlich heute noch eine Vision, aber es zeigt, dass Energieerzeugung nicht in den Händen weniger verbleiben darf. Für uns ist eine dezentrale Erzeugung regenerativer Energien, wie es die regionalen Windbetriebe, die Biomasseanlagen und Bürgersolaranlagen vormachen, ein wichtiger Bestandteil der Energiewende und bei allen Förderszenarien zu beachten.

Um die Energiewende umzusetzen, müssen wir mit den Kommunen und der Wirtschaft eng zusammen arbeiten. Hierzu brauchen wir einen gemeinsamen „Klimaschutzpakt Region Hannover“, der ein regionales Energiekonzept und die Erhöhung des Anteils regenerativer Energien im Energiemix forciert. In der Regionsverwaltung brauchen wir eine Klimaschutzleitstelle, die nach innen die Umsetzung des Klimaschutzrahmenprogramms begleitet und nach außen als treibende Kraft den Klimaschutzpakt organisiert: für eine Energiewende und für eine atomstromfreie, klimaneutrale Region Hannover.

BRIGITTE NIESSE

brigitte.niesse@gruene-hannover.de



Es gibt Tage, die man nie vergisst. All jene, die eine persönliche und schöne Bedeutung haben, wie der eigene Geburtstag, oder auch schreckliche Tage, an denen etwas passiert, dass man nicht vergessen kann. Der 26. April ist so ein doppelter Tag für mich, das Datum, an dem sich vor 25 Jahren der Supergau in Tschernobyl ereignete, aber auch mein Geburtstag. Daher ist mir dieser Tag wahrscheinlich intensiver im Gedächtnis als anderen.

Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie das war vor 25 Jahren. Am 26. April 1986 war ein ganz normaler schöner, sonniger Tag. Ich feierte meinen Geburtstag, von einem GAU hörte man an diesem Tag nichts. Erst Tage später, als erhöhte Strahlenwerte gemessen wurden und die atomare Wolke auch Deutschland erreichte, wuchs die Unruhe. Keine Informationen aus der Sowjetunion, zuerst Vertuschung, dann nach und nach kam die ganze Wahrheit ans Licht und bei uns setzte das blanke Entsetzen ein. Hatten wir es nicht schon immer gewusst, die Scheiß-Atomkraftwerke sind gefährlich!

25 JAHRE DANACH: FUKUSHIMA

Und ausgerechnet in diesem „Jubiläumsjahr“ (25 Jahre Supergau) wird durch die Katastrophe in Fukushima erneut und auf schreckliche Weise deutlich, dass die Atomtechnik nicht beherrschbar ist und der größte anzunehmende Unfall nicht nur theoretisch-statistisch passieren kann, sondern real und tatsächlich zum zweiten Mal in meinem Leben stattfindet.

MEIN GEBURTSTAG. MEIN TSCHERNOBYL.

Persönliche Gedanken zum 26. April von Detlef Knauer, Vorsitzender des Grünen Ortsverbands Burgdorf.



MAHNWACHE IN BURGDFORF IN GEDENKEN AN DIE OPFER IN JAPAN UND GEGEN DIE ATOMKRAFT.

Diesmal ist aber alles anders. 11. März 2011. Die Nachricht verbreitet sich schnell. Anders als vor 25 Jahren sind wir „Live“ dabei, sehen immer wieder im Internet und im TV die Explosionen und den Tsunami. Aber auch wieder hilflos wirkende ManagerInnen und PolitikerInnen, die versuchen, die Bevölkerung zu beruhigen.

ICH MUSS WIEDER AUF DIE STRASSE

Stündlich Nachrichten gucken, Entsetzen, irgendwas tun wollen. Es ist doch erst 4 Monate her, als wir hier in Burgdorf die Anti-

Castor-Demo organisiert hatten und mit mehr als 250 Menschen auch in der Provinz ein deutliches „Atomkraft? Nein Danke! Zeichen“ setzten.

Schnell war mir klar, ich muss wieder auf die Straße. Nicht nur in Berlin und Hannover, sondern auch hier. Und so schlug auch bei mir das Entsetzen in Wut um und ich fing an, hier in Burgdorf aktiv zu werden. Als ob alle nur darauf gewartet hätten, dass irgendwer etwas organisiert, kamen am 21. März mehr als 300 Menschen vorm Rathaus zusammen, um in einer Mahnwache und einem

anschließenden Schweigemarsch durch die Innenstadt ihre Betroffenheit über die dreifache Katastrophe in Japan und besonders über die Folgen des Supergaus zu äußern. Während Bürgermeister Alfred Baxmann in einer kurzen Ansprache Solidarität und Mitgefühl mit den Menschen in Japan zum Ausdruck brachte, formierte sich eine Gruppe Erwachsener und Kinder mit dem Schriftzug „Atomkraft abschalten“ vor dem Redepult.

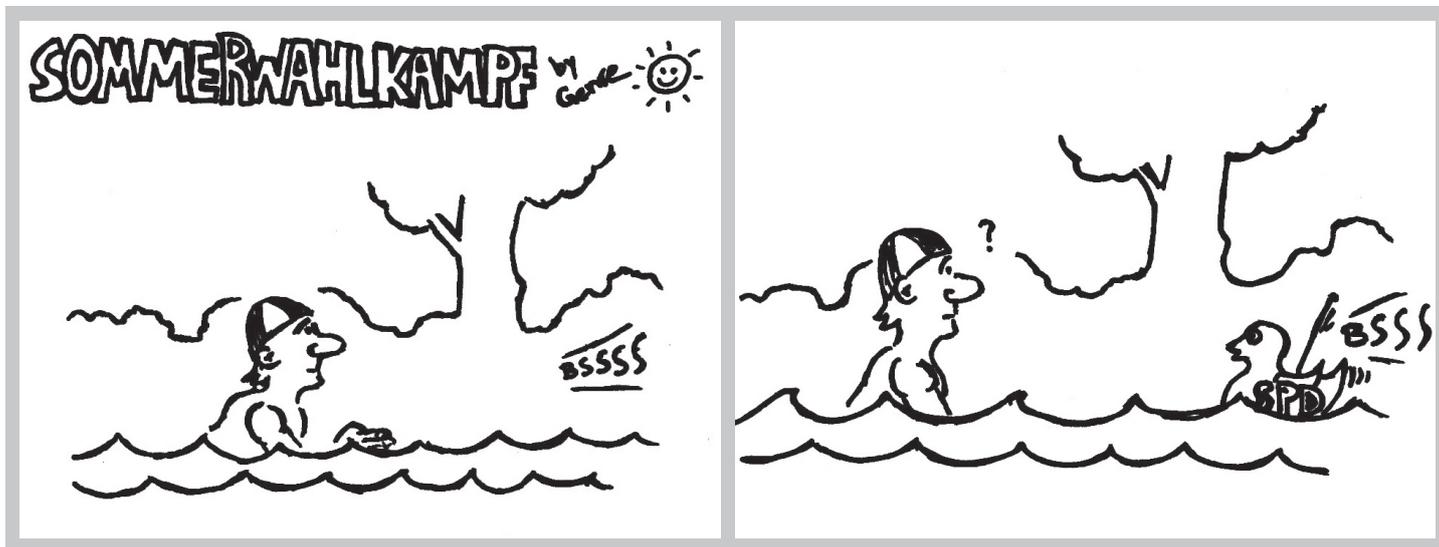
GEBURTSTAGSWUNSCH: ABSCHALTEN!

Nicht nur der Bürgermeister und die TeilnehmerInnen des Schweigemarsches waren sich einig in ihrer Ablehnung gegen Atomkraft. Auch Superintendent Charbonnier fand im anschließenden Gottesdienst klare Worte für die Ehrfurcht vor den Menschen, die es gebietet die Atomtechnologie abzulehnen. In den nächsten vier Wochen fanden sich jeweils am Montagabend zwischen 40 bis 70 TeilnehmerInnen zu einer Mahnwache ein.

An meinem Geburtstag fuhr ich dann bei strahlendem Sonnenschein zur Demo am AKW Grohnde.

Ich möchte zukünftig nicht mehr an meinem Geburtstag demonstrieren, sondern wünsche mir zum 30jährigen Tschernobyltag im Jahre 2016 die endgültige Abschaltung des letzten deutschen AKW feiern zu können! Alle zusammen können wir es schaffen!

DETLEF KNAUER
det_knauer@web.de



Das Verwaltungsverfahren ist sehr kompliziert für die Eltern, für viele gänzlich unverständlich...“, sagt Burkhard Teuber von der AWO: „Die Umsetzung wird auf dem Rücken der Träger ausgetragen und der Verwaltungsaufwand für die Gutscheinabrechnung ist größer als der Vorteil, den die Familien für die Kinder im Bildungspaket erhalten.“ „Hochkompliziert, undurchsichtig und schlecht vorbereitet“ lautet das Urteil von Uta Funke vom Stadtkirchenverband laut HAZ.

Ob Vereinsbeiträge, Zuschüsse zu Ausflügen, Nachhilfeunterricht oder Essensgeld – jede Leistung aus dem Paket muss einzeln und für jedes einzelne Kind beantragt werden. Die ErzieherInnen in den Kitas erklären, unterstützen, füllen aus - haben längst die Grenzen ihrer Kapazitäten erreicht.

Wie soll das in den Schulen gehen? Nachhilfeunterricht gibt es im Übrigen nur, wenn die Versetzung gefährdet ist. Die Anstrengung für eine bessere Note oder einen besseren Abschluss ist noch kein Grund für das Bildungspaket...

Die Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen dauert bis zu 20 Minuten. Zusätzlich in der Trägerverwaltung rechnet die AWO mit 20 bis 25 Minuten pro Kind und Monat. Denn die Einrichtungen müssen in zwei Richtungen abrechnen: Beim Essensgeld zahlen Eltern einen Eigenanteil von 16 Euro mtl., 14 Euro zahlt das Bildungspaket. Dafür sind jeweils Extra-Wege zum JobCenter oder in die zuständige Sozialverwaltung zu machen, einzeln laufen Gutscheine hin und her...

DAS BILDUNGS- UND TEILHABEPAKET...

...oder: Wie man dank Frau von der Leyen zur Wutbürgerin wird. Von Ingrid Wagemann, jugendpolitische Sprecherin der Grünen Ratsfraktion Hannover.



ODER EBEN NICHT.

Verbände, Schulen und die Stadt Hannover helfen und entwickeln Unterstützungssysteme. Sie müssen die Eltern bitten, ihnen blind zu vertrauen – einfach unterschreiben, damit sie etwas bekommen von diesem Bildungs- und Teilhabepaket. Den Jobcentern wird eine strenge Handhabung des Regelwerkes auferlegt – es könnte ja sein, dass ein Elternteil Arbeit findet...

Alle Versuche sind gescheitert, das Verfahren durch Pauschalabrechnungen von Bildungsträgern zu vereinfachen. Das will der Gesetzgeber nicht. Und das kostet! Die Einzelbeantragung

FOTO: CC BY NC [HENNING] VIA FLICKR.COM

und Einzelabrechnung und Gutscheinbearbeitung und und und kosten dann in der zuständigen Verwaltung in der Region Hannover, im JobCenter und in der Stadt Hannover im Fachbereich Soziales. Der Bund zahlt über das Land 2,6 Mio Euro an die zuständige Region Hannover für Verwaltungskosten, die dann wieder mit den Städten und Gemeinden in der Region abrechnen wird – wie genau weiß man noch nicht.

Nach bundesgesetzlichen Regelungen bekäme die Region Hannover vom Land insgesamt 26 Mio. Euro für das Bildungs-

und Teilhabepaket. Das Land hat den Schlüssel verändert, wonach nun die Region nun 6 Mio. Euro weniger bekommt. Bleiben 19,9 Mio. Euro, davon 2,6 Mio. Euro für die Verwaltung. Für die Kosten in Schulen und Kitas zur Unterstützung der Eltern und für Verwaltungskosten in Verbänden gibt es keine Ansätze. So viel und noch zu wenig von dem ganzen wichtigen Geld landet also in der Bürokratie.

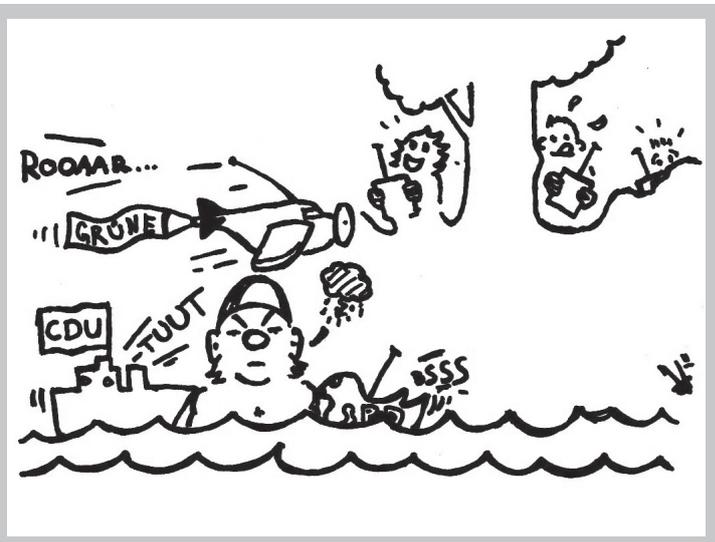
Wie viel zusätzliche Verwaltungssangst entsteht, wie viel Gefühl, zu dumm zu sein, wie viel Apathie und wie viel Politikverdrossenheit? Viel besser wäre es, dieses gute Geld tatsächlich für Bildung und Teilhabe in die Kommunen zu geben, zu verknüpfen und abzurechnen mit kommunalen Systemen wie dem Hannover-Aktiv-Pass. Da wird man zum Wutbürger – zur Wutbürgerin.

PS: Der Hannover-Aktiv-Pass läuft weiter! Das werden wir kommunalpolitisch beschließen und unseren Pass abkoppeln von diesem Moloch.

Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen, AsylbewerberInnen bekommen für ihre Kinder im September 2011 den nächsten Hannover-Aktiv-Pass nach Hause geschickt. Damit ihre Kinder ein Jahr lang unkompliziert an Aktivitäten in Sportvereinen und Schwimmbädern, in Kunst- und Musikschulen, in Jugendverbänden, auf Freizeiten, im Kindertheater und im Bildungsverein teilnehmen, soviel und so lange sie wollen. Das wollen wir hier in Hannover!

INGRID WAGEMANN

ingrid.wagemann@hannover-rat.de



DER SPANNENDSTE WAHLKAMPF

In den 21 Kommunen der Region Hannover werden am 11. September die Räte neu gewählt. Hinzu kommen die Wahl der Regionsversammlung, die Wahlen zu den Bezirks- und Ortsräten und einige BürgermeisterInnenwahlen. Mit Ronald Schütz in Lehrte, Elke Thielmann-Dittert in Springe und Uwe Sternbeck in Neustadt am Rübenberge sind dabei auch drei Grüne KandidatInnen im Rennen.



RONALD SCHÜTZ UND UWE STERNBECK (V.L.) WOLLEN BÜRGERMEISTER IN LEHRTE UND NEUSTADT WERDEN.

FOTO: STEFAN WEIGANG

Die Entscheidung ist mir leicht gefallen: Ich möchte Bürgermeister in Lehrte werden!

Nicht nur weil die Grünen aus Lehrte mich darum gebeten haben, sondern weil die Rahmenbedingungen sowohl überregional als auch vor Ort einfach optimal sind. An dem Abend meiner Wahl im Grünen OV waren 50 Menschen anwesend, die mir alle gratulieren wollten und die Presse war anschließend voll des Lobes über die Kandidatur. So schrieb unter anderem die HAZ im Anzeiger für Lehrte: „Jetzt kommt Dynamik in den Wahlkampf“ oder „Das wird einer der spannendsten Wahlkämpfe in der Region Hannover“.

Die Amtsinhaberin der letzten 10 Jahre tritt nicht wieder an, so dass es keinen Amtsbonus gibt. Von SPD oder CDU ist auch kein Kronprinz aufgebaut worden, der einen großen Bekanntheitsgrad genießen würde.

In Lehrte mit seinen 43.000 EinwohnerInnen, einer Kernstadt (22.000 EinwohnerInnen) und sieben Ortschaften, gilt es bei vielen Entwicklungen aus der

Vergangenheit umzusteuern. So ist Lehrte zum Beispiel von der A7 im Westen und der A2 im Norden durchschnitten und leidet unter dem starken LKW-Verkehr der großflächigen Lager der Lebensmittel-discounter.

Eine Verwaltung, bei der es keinerlei Personalentwicklung gibt, muss neu aufgestellt werden. Die hundertprozentige Tochter „Stadtwerke Lehrte GmbH“ muss so umstrukturiert werden, dass sie für die Zukunft im Energiesektor gerüstet ist: Stromerzeugung und Verkauf, sowie der Energiedienstleister vor Ort, der sich um Nachhaltigkeit bemüht, sind meine Ziele.

Und in einer Stadt, in der Bürgerwille und -beteiligung aufgrund des Widerstandes von CDU und SPD bisher keine große Rolle gespielt haben, werde ich in meiner Amtszeit auf die Menschen zugehen und sie motivieren, sich einzumischen.

RONALD SCHÜTZ

schuetz@
gruene-lehrte.de



UWE STERNBECK WILL WAHLSIEG

Unterstützung von Grünen und SPD in Neustadt am Rübenberge.

In Neustadt am Rübenberge ist vieles anders: Vor sieben Jahren gewann Uwe Sternbeck die Bürgermeisterwahl und ist einer von drei grünen Bürgermeistern Niedersachsens. Damals hatten CDU, SPD und FDP eine externe Kandidatin aufgestellt. Nach „sieben guten Jahren für Neustadt“ tritt Uwe wieder an, dieses Mal unterstützt von SPD und Grünen. Die SPD hatte gemeinsame Positionen in sechs wichtigen Politikfeldern festgestellt.

KEINE EINFACHEN JAHRE - TROTZDEM VIEL ERREICHT

„Es waren keine einfachen Jahre“, fasst Uwe seine erste Wahlperiode zusammen. Grundlegende Probleme sind die Flächengröße der Stadt bei nur 43.000 Einwohnern und die Unterfinanzierung. Zudem hat der Bürgerblock im Rat vieles blockiert und torpediert. „Trotzdem wurde viel erreicht“, ist Sternbeck stolz. Neustadt ist im Klimaschutz vorn, wurde z.B. viermal in Folge „Solarmeister“, und ist bei der Dorferneuerung vorangekommen. Die Schulen wurden inhaltlich weiterentwickelt und baulich saniert.

DIE GROSSEN AUFGABEN LÖSEN

Da liegt es auf der Hand, dass Uwe voller Energie für die nächsten acht Jahre ist. „Ich will die großen Aufgaben lösen wie ein neues Feuerwehrhaus, neues Rathaus und die Aufwertung des Bahnhofsumfeldes.“ Das Integrierte ländliche Entwicklungskonzept ILEK soll umgesetzt werden, ebenso das Aktionsprogramm Klimaschutz – beide wurden 2011 erst beschlossen. Uwe will in „Neustadt 2019“ Ökologie und Ökonomie voranbringen, Stadt und Dörfer entwickeln, Neustadt für BürgerInnen und Touristen attraktiv machen. Internes Ziel ist eine modernere Verwaltung, unter anderem mit dem „Bürgerbüro im Laptop“.

„Es wird eine Querschnittsaufgabe sein, den Folgen des „Demo-

grafischen Wandels“ vorbeugend entgegenzutreten“, benennt Uwe Sternbeck seine Schlüsselaufgabe. Diese Diskussion haben SPD und Grüne im Mai angestoßen, als ExpertInnen und BürgerInnen Probleme und Perspektiven diskutierten.

REGIONAL PASSENDE LÖSUNGEN

Ein wichtiges Teilthema, die Regionale Wertschöpfung, wurde ebenfalls im Mai in einer Impulsveranstaltung mit Sven-Christian Kindler (MdB Grüne) diskutiert. „Um dieses Thema kommt keine Stadt mehr herum“, sagt Sternbeck. „Mit noch mehr Flächenversiegelung alten Stils kann man die Entwicklung nicht mehr voranbringen. Intelligente und regional passende Lösungen müssen her, um Arbeit zu schaffen und zu sichern.“

„Das kann aber nur gelingen, wenn Schwarz-Gelb in Bund und Land ihren Aufgaben nachkommen, sich um Straßen, Lehrer und soziale Sicherung kümmern und die Gemeinden verfassungsgemäß ausstatten“, stellt Uwe Sternbeck fest, der dafür im Niedersächsischen und Deutschen Städtetag arbeitet.

UNTERSTÜTZUNG WILLKOMMEN

Bis zum 11. September sind viele Veranstaltungen von SPD und Grünen mit Uwe Sternbeck geplant. Dabei sind auch Prominententermine mit Christian Meyer, Cem Özdemir und Jürgen Trittin (Grüne), Herbert Schmalstieg und Ulla Schmidt (SPD). Geplant sind auch eine Wahlzeitung und einige Überraschung Aktionen. Wer punktuell mithelfen will, ist in Neustadt willkommen.

Mehr Infos und Termine auf www.sternbeck.info

UWE STERNBECK

kontakt@
sternbeck.info



Was die Bundesarbeitsministerin jetzt als Reformvorschlag für den arbeitsmarktpolitischen Instrumentenkasten vorgestellt hat, ist nichts anderes als ein schlecht getarntes Sparprogramm. Wenn sich Frau von der Leyen damit durchsetzen sollte, werden die Chancen vieler Arbeitsloser auf Arbeit und Teilhabe zerstört. Die Spaltung des Arbeitsmarkts wird sich künftig noch vertiefen. Es droht ein Fachkräftemangel bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit. Doch das ist der Ministerin egal. Sie spekuliert darauf, dass die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt anhält und dass diejenigen, die dauerhaft abgehängt werden, darüber in Vergessenheit geraten. Diese perfide Strategie darf nicht aufgehen!

GRÜNE PERSPEKTIVEN

Wir Grünen fordern flexible und passgenau einsetzbare Instrumente, mit denen Arbeitslosen individuelle Wege in Arbeit geschneidert werden können. Das setzt gleichzeitig voraus, dass qualifiziertes Personal in den Arbeitsagenturen und den Jobcentern und genügend Mittel für die Förderung zur Verfügung stehen. Die schönsten Instrumente nutzen nichts, wenn kein Geld für Qualifizierungen und andere Maßnahmen da ist. Gleiches gilt für mehr dezentrale Handlungsspielräume. Wenn sich das Ermessen der Jobcenter darin erschöpft, Förderungen ablehnen zu müssen, dann ist nichts gewonnen.

Die beste Strategie für Ersparnisse bei der Arbeitsförderung ist eine nachhaltige Vermittlung von möglichst vielen Arbeitslosen in Arbeit, von der sie leben können und die sie sozial sichert. Die gute Arbeitsmarktlage ist dafür eine ideale Basis. Das arbeitsmarktpolitische Gebot der Stunde lautet darum, jetzt in Arbeitslose und ihre Fähigkeiten zu investieren, damit sie vom Aufschwung profitieren können. Dafür müssen alle Arbeitslosen Zugang zu Förderung, Qualifizierung, Beschäftigung und Selbstständigkeit erhalten.

Daneben bleibt eine zentrale grüne Forderung die Einrichtung eines verlässlichen sozialen Arbeitsmarkts, der der Gruppe besonders schwer vermittelbarer Arbeitsloser Teilhabe bietet und ihnen langfristig auch wieder die

ARBEITSLOSE VERLIEREN, SCHÄUBLE KASSIERT

Brigitte Pothmer, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion über die Reform der Arbeitsförderung.



ES DROHT EIN FACHKRÄFTEMANGEL BEI GLEICHZEITIG HOHER ARBEITSLOSIGKEIT.

FOTO: CC BY SVENSONSAN VIA FLICKR.COM

Chance auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt eröffnet.

SCHWARZ-GELBE PLÄNE

Die schwarz-gelbe Instrumentenreform ist eindeutig vom Rotstift des Finanzministers diktiert. Seine Vorgabe lautet: 7,8 Mrd. Euro bis 2015 einsparen und in den Bundeshaushalt umleiten. Daran – und nicht an inhaltlichen Erfordernissen – orientieren sich die Vorschläge aus dem Arbeitsministerium. Vor diesem Hintergrund droht in den nächsten Jahren ein Kahlschlag bei der Arbeitsförderung, der in jeder Kommune zu spüren sein wird.

Einen Vorgeschmack darauf, was das heißt, zeigt eine erste Zwischenbilanz 2011. In den ersten vier Monaten des Jahres ist im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der Weiterbildung um mehr als ein Drittel, die Selbstständigenförderung um fast die Hälfte und die Jobperspektive um zwei Drittel zurückgegangen. Dieser dramatische Rückgang korrespondiert in keiner Weise mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit, sondern ist Ergebnis der ersten schwarz-gelben Sparrunde von 2010. Dieser Trend würde sich durch die Pläne

der Bundesregierung weiter verschärfen. Betroffen davon werden vor allem die Arbeitslosen sein, für die der Weg in die Erwerbsarbeit besonders hürdenreich ist. Sie drohen vollkommen abgehängt zu werden. Denn für die Arbeitsministerin zählt nur der schnelle statistische Erfolg. Arbeitslose, die schwer zu vermitteln sind und einen intensiven Unterstützungsbedarf haben, werden ihr schnell zu teuer und sorgen – im Hinblick auf das Erfolgskriterium erster Arbeitsmarkt – für eine kurzfristig schlechte Kosten/Nutzen-Bilanz. Ein verlässlicher Sozialer Arbeitsmarkt rückt mit den Vorgaben der Bundesregierung in weite Ferne.

Der Fachkräftebedarf wächst – trotzdem werden mit dem Entwurf keine Impulse gesetzt, um Arbeitslose intensiver als bisher zu qualifizieren und ihnen damit Brücken in Arbeit zu bauen. Im Gegenteil: Wegen der Kürzungen wird die Zahl der Qualifizierungen noch weiter zurückgehen. Auch das große Problem – die geringe Partizipation gerade von Langzeitarbeitslosen, Geringqualifizierten oder MigrantInnen an Weiterbildungen

– wird von der Arbeitsministerin nicht angegangen. Es bleibt beim Bildungsgutscheinverfahren, obwohl seit langem feststeht, dass gerade diejenigen, für die eine Qualifizierung unerlässlich ist, um überhaupt wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können, von diesem Verfahren benachteiligt werden. Wie dringend der Bedarf wäre, zeigt ein Blick auf die aktuellen hannoverschen Zahlen: Knapp 63 Prozent der Menschen ohne Job, die Arbeitslosengeld II beziehen, haben keine Berufsausbildung.

Größtes Sparschwein der Bundesregierung ist der Gründungszuschuss, bei dem die Ausgaben bis 2015 um rund 5 Milliarden Euro gesenkt werden sollen. Die Zahl der Förderungen wird massiv zurückgehen und stattdessen die Arbeitslosigkeit der Gründungswilligen verlängert. Das ist ein Bärenservice an den Betroffenen, weil die Förderung in die Selbstständigkeit zu den nachweislich erfolgreichsten Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik zählt und das sowohl bei Kurz- als auch bei Langzeitarbeitslosen. Zudem ist nachgewiesen, dass viele NeugründerInnen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Aber daran hat Frau von der Leyen offenbar kein Interesse mehr.

KOMMUNEN ZAHLEN DIE ZECHEN

Die Instrumentenreform wird das Thema der Arbeitsmarktpolitik in den nächsten Monaten sein. Wir werden uns mit allen Mitteln für die Interessen der Arbeitslosen einsetzen. Dabei setzen wir auch auf die Unterstützung aus den Kommunen, denn hier ballen sich am Ende die Probleme von Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung. Die Region Hannover zeigt es beispielhaft: Innerhalb des letzten Jahres ist die Kurzzeitarbeitslosigkeit um rasante 24 Prozent zurückgegangen. Bei der Langzeitarbeitslosigkeit dagegen stagniert die Lage: Im April 2011 waren genauso viele Arbeitslosengeld II-BezieherInnen arbeitslos wie ein Jahr zuvor. Das macht deutlich, welche Anstrengungen notwendig sind, um die besonders verfestigte Arbeitslosigkeit aufzubrechen.

BRIGITTE POTHMER
brigitte.pothmer@
bundestag.de



211 Kinderläden mit 254 Betreuungsgruppen in Hannover und der Region sind Mitglieder der Kinderladen-Initiative, kurz: Kila-Ini. Damit gehört der Verband bundesweit zu den größten Kila-Dachverbänden. 3.909 Kinder werden betreut: 1.175 Kleine in U-3-Gruppen, 1.754 Kids in Kinderläden und 965 in Schülerläden. Nach den ersten 16 Kinderläden, die 1988 die Kila-Ini gründeten, sind die Krabbelgruppe Wirbelwind in Oberricklingen und der Naturkindergarten Lüneburg die jüngsten Mitglieder. Die Kila-Ini beschäftigt, koordiniert und betreut 16 Erzieherinnen als Vertretungskräfte, 2 Sprachförderkräfte und 64 junge Leute im Freiwilligen Sozialen Jahr für die Kinderläden. Sie übernimmt im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb mit neun Beschäftigten die Personal- und Finanzverwaltung für 121 Kinderläden. Das bundesweite Modellprojekt „Männer in Kinderläden“ wird von zwei Mitarbeitern für Hannover durchgeführt. Neun Menschen im Dachverband beraten und qualifizieren Elterninitiativen von der Gründungsinitiative an. Bei der Kila-Ini arbeiten fast alle in Teilzeit. Die neuen Räume in der Goserie 13 A bieten Raum für Gründungstreffen, Fortbildungen, Einzelberatungen und Interviews.

Als Jugendpolitikerin habe ich seit 2001 mit politischen Initiativen die Eltern und Kinder, die Kinderläden und die Kinderladen-Ini wirksam begleitet und führe nun das Interview mit Ute Dalluhn.

ZUR PERSON: UTE DALLUHN

Ute war schon Geschäftsführerin der Kila-Ini, als ich im Jahre 2001 mit Jugendpolitik in Hannover anfang. Sie steht in öffentlichen und politischen Zusammenhängen für die Kila-Ini in Hannover.

Ihre Ausbildung ist eine gute Grundlage für den Job: als Sozialpädagogin und Familientherapeutin hilft ihr insbesondere der wertschätzende Blick auf Familie, wie immer sie auch sein möge. Wichtig im Alltag einer großen Organisation, die auf der Basis von Elternengagement fußt.

Wichtig auch, dass sie eigene Kila-Erfahrung und Kila-Gründungserfahrung hat: angefangen von der Schwangerengruppe, die zur Gründung des Kinderhauses de-Haen-Platz führte bis zur Gründung des Kinderladen

SELBSTWIRKSAMKEIT

Die Kila-Ini in Zahlen: Ingrid Wagemann, jugendpolitische Sprecherin der Grünen Ratsfraktion sprach mit Geschäftsführerin Ute Dalluhn.



UTE DALLUHN, GESCHÄFTSFÜHRERIN DER KILA-INI.

Stärkestraße, den sie damals gemeinsam mit unserem heutigen Fraktionsvorsitzenden Lothar Schlieckau aus der Taufe hob. (Hannover ist eben doch ein Dorf!)

Eine Haltung, die sie bis heute trägt, beschreibt sie in einem Wort: „Selbstwirksamkeit“ - also: wenn ich etwas tue, kann ich auch etwas bewegen...

DAS INTERVIEW

Meine eigene Erfahrung mit Kinderläden begann 1986 in der Sedanstraße – als Mutter und Vorstandsfrau – und ich erinnere mich gut an eine sehr bunte Kila-Demo im Rathaus mit Rutschpartien auf der Freitreppe und an meine Skepsis bei der Gründung einer formalen Interessenvertretung. Ich hatte Sorge, dass dann Eltern selbst nicht mehr aktiv werden. Kila-Ini von 1988 bis 2011 - was macht den Erfolg?

Deine Skepsis ist eine gute Überleitung zum Erfolg: Wir sind hier sehr gut vernetzt mit anderen Dachverbänden auf Landesebene und bundesweit. Aber wir sind in Niedersachsen der einzige Dachverband, der nicht selbst Träger von Einrichtungen ist. Die

Autonomie und Selbstständigkeit der Kinderläden ist Grundlage unseres Erfolges. Wir betrachten uns als Dienstleisterin und Interessenvertreterin. Nicht wir sagen, was zu tun ist und wo es lang geht, sondern die Eltern haben das Wort. Entsprechend setzen Kinderläden ihren Alltag so um, wie sie es wollen. Unterstützung holen sie sich und bekommen sie auch, damit sie IHR Konzept leben können – nicht meins. Die Aufträge, die wir bekommen, ändern sich. Das System ist wertvoll und bleibt.

Ein gutes Drittel der Betreuungsplätze in Hannover ist in der Hand von Kinderläden. Welche Bedeutung hat die Kila-Ini in Hannover?

Aus meiner Sicht ist die wichtigste Bedeutung, dass hier in den Kinderläden Demokratie gelebt und gearbeitet wird. Schon die Kleinen erleben ganz konkret, wie Demokratie funktioniert – dass die schon wieder diskutieren, dass man sich ständig einigen muss, dass es Wochenendeinsätze für die gemeinsame Gartenarbeit oder die Renovierung gibt. Die Kleinen sind dabei, wenn die Eltern hier in unseren Räumen ihre Gründungsversammlung

abhalten. Das erleben Eltern und Kinder bis zum Schülerladen. Das ist wirklich wichtig.

Zu wenig ErzieherInnen, Eltern, die keine Zeit haben, zu wenig Männer als Erzieher, Integration, Inklusion, fehlende 1-Euro-Jobber. – Was ist die besondere Herausforderung heute?

Dass es noch nicht genug Platz gibt für alle Altersgruppen, ist für die Eltern das Allerwichtigste. Erst wenn ich einen Platz habe, kann ich über Qualität nachdenken.

Für die Kinderläden ist das größte Problem der Fachkräftemangel – insbesondere fehlen HeilpädagogInnen für die integrativen Einrichtungen. Die Integrativen, die wir haben, leiden darunter, Eltern wegschicken zu müssen. Unser Bundesprojekt für mehr Männer im Erziehungsberuf – das ist toll und hoffentlich nachhaltig – aber nicht existentiell.

Für uns als Dachverband ist die größte Herausforderung, dass wir so wachsen. Auf der einen Seite notwendig und schön – auf der anderen Seite möchten wir gern klein und kuschelig bleiben. Wir werden immer professioneller und immer sachlicher, unsere Kommunikation und Organisationsentwicklung kann nicht mehr in der Küche stattfinden, Nähe geht verloren. Das vermissen wir.

40 Jahre sind seit der Gründung der ersten Kinderläden Hannovers in der Edenstraße und in der Warstraße vergangen. Was hat sich seit 1971 verändert?

Kinderladen vor 40 Jahren war Teil einer politischen Bewegung, etwas pädagogisch NICHT zu wollen und dem etwas entgegen zu setzen. Vorreiter und Trendsetter – das ist jetzt Alltag geworden. Die inhaltlichen Schwerpunkte bleiben, müssen nicht mehr politisch erkämpft werden. Die Lebenssituation der Familien hat sich geändert. Alltag in Familien ist mit mehr Stress verbunden, muss effektiv gestaltet und professionell organisiert werden, wie hier im Dachverband. Und es gibt immer noch die langen Diskussionen um gesundes Essen, Colts und Barbiepuppen. Elternabende sind immer noch intensive und emotionale Erlebnisse, es gibt Streit und Tränen und Spaß und Erfolg – wie vor 40 Jahren.

INGRID WAGEMANN

ingrid.wagemann@hannover-rat.de



Nicht nur Pisa hat Niedersachsen als bildungsrückständig entlarvt, sondern auch die wesentlich jüngere Veröffentlichung des „Bildungsmonitorings der Stadt Hannover“ von 2010 hat den Finger erneut in die Wunde „Bildungsarmut“ gelegt. Der Bericht macht einmal mehr deutlich, wie sehr die soziale Herkunft noch immer über die Bildungschancen unserer Kinder entscheidet. Durch die graphische Darstellung der Schullaufbahneempfehlungen für ViertklässlerInnen nach Stadtteilen und die Gegenüberstellung der räumlichen Verteilung nach Armutslagen der SchülerInnen bis zum Alter von 17 Jahren wird sichtbar, dass in Stadtteilen mit höheren Armutslagen wesentlich seltener Gymnasialempfehlungen ausgesprochen werden als in besser gestellten Bezirken. Zwischen den Stadtteilen Linden-Süd, Vahrenheide und Stöcken und z.B. der List, Südstadt und Kirchrode besteht ein eklatantes Ungleichheitsgefälle, was die Schullaufbahneempfehlungen angeht.

Die Gründe für dieses Ergebnis sind vielfältig, sind aber sicher nicht daran festzumachen, dass Kinder etwa „dumm“ geboren werden. Vielmehr gilt es, den unverkennbar bestehenden Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und den Bildungschancen abzubauen und dafür zu sorgen, dass die Spirale der Armut durchbrochen wird. Dafür ist eine massive soziale Unterstützung der Gesellschaft notwendig. Dass Transferleistungen allein längst nicht ausreichen wissen wir Alle und im Ringen um Lösungen führt der Weg immer wieder zu zwei Grundvoraussetzungen, die geschaffen werden müssen, um die Ursachen der Armut zu beseitigen: Soziale Entwicklung und Bildung!

Schon im Elementarbereich (Kindergartenzeit) muss das berücksichtigt und entsprechend investiert werden und anschließend im Grundschulbereich bis hin zum Schulabschluss bestmöglich fortgesetzt werden. Besonders Ganztagschulen können diesen Prozess zu mehr sozialer Entwicklung und Bildung als geeignete Institutionen unterstützen. Nicht ohne Grund erfreuen sich grundsätzlich pädagogisch ausgerichtete Ganztagschulen sind, an nachhaltiger Beliebtheit.

GANZTAGS GEGEN BILDUNGSARMUT

Die Landesregierung drückt sich bei den Ganztagschulen vor ihren Hausaufgaben. Von Regine Kramarek, schulpolitische Sprecherin der Grünen Ratsfraktion Hannover.



KLASSENRAUM AM NACHMITTAG.
FOTO: CC BY NC THOMAS FAVRE-BULLE VIA FLICKR.COM

Eine Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen (STeG) vom Institut für Schulentwicklungsforschung (u.a.), die von 2005 bis 2009 erstellt wurde, ergab, dass ganztägiger Unterricht nicht nur aggressives und störendes Verhalten abbaut, sondern sich auch sonst rechnet. Allerdings nur, wenn die Qualität stimmt! Schulen in „gebundenem“ (verpflichtendem) Ganztags sind an finanziellen und personellen Ressourcen so gut ausgestattet, dass sich daraus nicht nur bessere Noten und Abschlüsse, sondern auch eine gesteigerte Motivation und ein besseres Sozialverhalten der SchülerInnen hervorbringen.

Gebundene Ganztagschulen verhindern mehr SitzenbleiberInnen (1,4 %) als die offenen Ganztagschulen, die keine Teilnahme verpflichten (8%). Sie bieten verbesserte Abschlüsse und damit höhere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Durch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie können zudem beide Elternteile arbeitend Geld verdienen und als SteuerzahlerInnen den Haushalt entlasten meint die Studie.

Das heißt, die „gebundene“ Ganztagschule kann nicht nur Bildungsarmut verhindern, sondern Armut generell!

Genau hier, meint die STeG, haben die Länder zum großen Teil ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

Das Land Niedersachsen hat unter Schwarz/Gelb Gesetzesänderungen festgelegt, die einen solchen „Erfolgskurs“ von Schulen nahezu zum Stillstand bringen. Seit 2008 genehmigt die Landesschulbehörde lediglich „offene“ Ganztagschulen und entzieht damit sämtlichen Schulen die Option auf finanzielle und personelle Ressourcen. Qualität ist hier nicht mehr zu gewährleisten und somit ein Erfolgsmodell regelrecht begraben.

Grün/Rot und die Stadt Hannover sind verzweifelt über die sich drückende Landesregierung. Um dennoch einen Weg aus der Bildungsarmut zu finden, hat Grün/Rot mit der Stadt Hannover beschlossen, vorerst im Grundschulbereich konsequente und qualitätstiftende Unterstützung anzubieten und umfangreiche

strukturelle und finanzielle Hilfen für ein Ganztagsschulprogramm nach dem „Hannover-Modell“ bereit zu stellen. Auf dieser Grundlage konnten wir seit 2008 inzwischen acht Ganztagsgrundschulen einrichten und jetzt zum Schuljahr 20011/12 werden weitere acht Ganztagsgrundschulen an den Start gehen. Bis 2012/13 sollen mindestens 25 von den 56 Grundschulen in Hannover im Ganztags sein. Ausgestattet mit finanziellen Mitteln für Pädagoginnen und fachlich ausgebildeten Honorarkräften arbeiten die Schulen nun mit einem Träger und Kooperationspartner des Bereichs Jugendhilfe zusammen, um SchülerInnen und Eltern eine qualitative Alternative zum gebundenen Ganztags zu bieten. Sie haben mit ihrem jeweiligen Kooperationspartner pädagogische Handlungskonzepte zur Umsetzung von „Bildung, Betreuung und Erziehung“ verfasst, die in Zukunft durch ein Inklusionskonzept angereichert werden sollen. Das „Hannover-Modell“ der Ganztagschule ist für Integration und Bildung. Es steht für eine qualitative Förderung, um Bildungschancen gleichzustellen und zu erhöhen, um Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerecht zu werden und somit Armut zu bekämpfen.

Bislang haben vor allem besser gestellte Familien erkannt, welche Vorteile der Ganztagsbetrieb einer Schule mit sich bringt und ihre Kinder angemeldet. Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status und MigrantInnen sind dagegen noch eher zurückhaltend. Erst in weiterführenden Schulen gleichen sich die TeilnehmerInnenquoten an. Hier gilt es weiter aufzuklären und zu überzeugen, denn gerade für Familien mit höherer Armutslage sind Ganztagschulen unter Umständen eine riesige Hilfe. Um das zu erreichen muss die Stadt Hannover in Zukunft auch eine Neuorganisation der Kinder- und Jugendarbeit angehen und eine Erweiterung der Koordinierungs- und Planungsaufgaben von Schule und Jugendhilfe (Horte/Familienzentren) einrichten. Denn nur wenn sich beide verzahnen, sind unsere städtischen Bemühungen gegen Bildungsarmut ein Erfolg.

REGINE KRAMAREK

regine.kramarek@hannover-rat.de





AUS DEM BUNDESTAG

STEUERSCHAUER EHER MICKRIG

Im Wonnemonat Mai feierte unsere sogenannte „Regierung“ den prognostizierten Steuereldregen. Mehreinnahmen von 135.300.000.000 Euro prognostizierte die Steuerschätzung bis 2014 für Bund, Länder und Kommunen. Die FDP wittert mal wieder Morgenluft für Steuerergeschenke an ihre Klientel.

Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich das Steuereinnahmegewitter allerdings eher als mickriger Schauer. Die Bundesrepublik Deutschland hat noch immer eine der geringsten Steuerquoten in Europa und am Ende handelt es sich nicht um echte Mehreinnahmen. Der größte Teil wurde vom finidigen Finanzminister bereits in den Eckwerten zum Haushalt 2012 und der mittelfristigen Finanzplanung im vorausseilenden Gehorsam verplant.

SCHWARZ-GELBE STREICHORGIEN

Und obwohl die Mehreinnahmen bereits in den im März vom Bundeskabinett beschlossenen Eckpunkten eingerechnet sind, fehlen jegliche Impulse für den sozialen oder ökologischen Umbau unserer Gesellschaft. Ganz im Gegenteil! Die Mittel für Gebäudesanierung, Stadtentwicklung oder das Marktanreizprogramm sollen gestutzt werden. Während die Gelder für den Schwarzbau in Gorleben sich fast vervierfachen. So werden Fakten geschaffen und die Menschen im Wendland weiter getäuscht.

Bei der Bundesagentur für Arbeit werden mehr als 10 Milliarden Euro gestrichen. Dazu kommen noch die massiven Kürzungen aus dem sogenannten Sparpaket. Das bleibt nicht folgenlos. Deshalb setzt Ursula von der Leyen nun zum Kahlschlag bei den Instrumenten der Bundesagentur für Arbeit an. Mit der aktuell steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften gibt es auch für Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte endlich die Möglichkeit dauerhaft in Arbeit zu kommen. Doch ausgerechnet jetzt werden sie allein gelassen.

Mit Unterstützung können sie nur noch in Ausnahmefällen rechnen. Weiterbildung oder Gründerzuschuss könnten bald der Vergangenheit angehören. Unter dem Deckmäntelchen die Instrumente zu verbessern wird hier das selbstauferlegte Spardiktat bei den Ärmsten durchexerziert. Das werden wir nicht hinnehmen. Die Fraktion ist kampfbereit.

WEITERGEHEN BEIM KITA-AUSBAU

Eine wirkliche Mammutaufgabe hingegen, in die wir in den kommenden Jahren noch mehr investieren müssen, ist die frühkindliche Bildung. Beim grünen Kita-Gipfel in Berlin hat die Fraktion die Situation, Ziele und Maßnahmen diskutiert. Bund und Kommunen haben in den letzten Jahren zwar schon viel erreicht. Doch um das Ziel von 2013 zu erreichen, für 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren Kitaplätze zur Verfügung zu stellen, müssen die Anstrengungen noch intensiviert werden.

Derweil sind die Gelder, die der Bund zur Verfügung gestellt hat, zum großen Teil aufgebraucht. Nun sind die Länder in der Pflicht, ihren Zusagen nachzukommen. Gleichzeitig steigt der prognostizierte Bedarf in manchen Kommunen auf über 60 Prozent an. Da stehen wir vor ganz neuen Herausforderungen!

Anfang Juli wird Schwarz-Gelb den Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2012 vorlegen. Über 2.500 Seiten, angefangen bei ALG II-Leistungen über das Biodiversitätsprogramm bis hin zu Geldern für internationale Entwicklungszusammenarbeit. Das wird ein leseintensiver Sommer. Ich freu' mich drauf!

Wenn ihr dazu Fragen oder Diskussionsbedarf habt, meldet Euch gerne!

Sonnige Grüße, bis bald, Euer Sven

SVEN-CHRISTIAN KINDLER
sven-christian.kindler@bundestag.de
Tel.: 030 2277-4232



AGRARINDUSTRIE? NEIN DANKE!

Podiumsdiskussion im Regionshaus mit Rebecca Harms.

Etwa 200 ZuhörerInnen drängten sich in den Raum 003 des Regionsgebäudes, um die Diskussion „Wie wollen wir leben? Was wollen wir essen?“ auf dem Podium zu verfolgen. Der Dioxinskandal und die Flut von Anträgen für Hühner- und Schweinmastställe in der Region Hannover beschäftigen die Menschen – das zeigte die Resonanz auf die Veranstaltung.

Unter der Moderation von Ulrich Schmiersow diskutierten Rebecca Harms und Martin Häusling – Mitglieder des Europaparlaments – mit Eckehard Niemann (Pressesprecher der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Niedersachsen, AbL), Volker Hahn (stellvertr. Kreislandwirt Landvolkverband Hannover) und Michael Hettwer (Vorsitzender Bürgerinitiative Munzel e.V.) die aktuelle Situation in der Region und die im Europaparlament geführten Diskussionen um die Zukunft der Agrarförderpolitik.

EU-FÖRDERUNG MUSS ANDERS VERTEILT WERDEN

JedeR muss erkennen, dass Qualität ihren Preis hat - so ein Ergebnis der Diskussion aus Grüner Sicht. Für Rebecca Harms steht fest: Die derzeitige Förderpolitik der EU hat maßgeblichen Anteil an der Ausweitung von Agrarfabriken. Subventionen koppeln sich vor allem an die Größe der bäuerlichen Betriebe. Dadurch entstünden immer größere Betriebe, mit dem Ziel, möglichst viele Tiere in kürzester Zeit zur Schlachtreife zu bringen. Die Förderung muss auf kleine und mittlere bäuerliche Betriebe gelenkt werden. Die These unterstützte Eckehard Niemann, Pressesprecher der AbL. Martin Häusling verwies auf das Prinzip des qualifizierten Außenschutzes, der mit Zöllen den Marktzugang für Billigprodukte ohne ausreichende soziale und ökologische Standards beschränkt. So ließen sich sinnvolle Anforderungen auch auf dem offenen Weltmarkt durchhalten.

Wie sich das für die betroffenen Menschen auswirkt verdeutlich-

te Michael Hettwer (BI Munzel e.V.) In dem 1.500 Einwohner starken Ort in der Region ist eine Hühnermastanlage mit 84.000 Tieren geplant. Die direkten Auswirkungen, wie Feinstaubbelastungen, erhöhte Geruchsbelastung, Lärmemissionen durch Betrieb und Transporte, werden die BewohnerInnen vor Ort zu spüren bekommen.

VERUNSICHERUNG BEI DEN LANDWIRTEN

Volker Hahn als Vertreter des Landvolkes verwies auf die unternehmerische Freiheit der Bauern. Jeder Landwirt soll wählen können, welche Unternehmensform für ihn die richtige ist. Zudem müsse die Nachfrage an günstigem Fleisch gedeckt werden. Seiner Ansicht nach bieten landwirtschaftliche Großbetriebe den Landwirten eine Perspektive, ihre Existenz zu sichern und generationenübergreifend Betriebe zu erhalten. Deutlich wurde, dass viele Landwirte in ihrer wirtschaftlichen Zukunft verunsichert sind und nach tragfähigen Alternativen für ihren Betrieb suchen. Hier liegt auch eine Chance für künftige Debatten.

RAHMENBEDINGUNGEN SCHAFFEN

Positionen wie sie gegensätzlicher nicht sein können und den Verlauf der späteren Diskussion der ZuhörerInnen mit dem Podium prägen. Konventionelle Landwirtschaft traf auf ökologische Produktionsformen. Am Ende blieb jedoch eines: Ein Gegeneinander führt nicht zum Umdenken, nur gemeinsam kann man das Problem lösen. Dazu muss die Politik Rahmenbedingungen schaffen, damit nachhaltige und ökologische Landwirtschaft bestimmend wird. Darin liegt die Zukunft der Landwirtschaft, die Tier- und Umweltschutz miteinander verbindet.

ULRICH SCHMIERSOW

ulrich.schmiersow@t-online.de



KAMPFANSAGE AN DIE MASSENTIERHALTUNG

Die AG Land und Tier ist aktiv, braucht aber noch mehr MitstreiterInnen.

Massentierhaltung lehnen viele Menschen inzwischen ab – und es werden täglich mehr. Aber was kann man tun, um aus passiver Ablehnung und Missstimmung über tierquälerische Zustände herauszukommen? Für die Mitglieder der AG Land und Tier keine Frage!

Es gibt eine Fülle von Handlungsmöglichkeiten, und wir reden nicht nur, sondern wir machen was. Beispielsweise am 17. Juni, wenn in Pattensen eine von der AG organisierte Podiumsdiskussion stattfindet. An diesem Abend wird die Öffentlichkeit auf die Problematik aufmerksam gemacht, dass ein nahe der Stadt geplanter Putenmaststall für fast 40.000 Tiere nicht nur für die BürgerInnen Beeinträchtigungen mit sich brächte, sondern auch Arbeitsplätze gefährden würde (siehe Kasten).

Hier ein kleiner Einblick in unsere Arbeit und unsere Themen: Die Initialzündung für einen „Einkaufsführer Fleisch“, den Mitglieder der Stadtteilgruppe Kirchrode-Bemerode-Wülferode für ihren Stadtteil entwickelt haben, ging von der AG Land und Tier aus. Eine wichtige Aufgabe der AG ist die Vernetzung mit anderen Initiativen und die Durchführung von gemeinsamen Aktionen. Dazu gehören die Calenberger Initiativen (das Netzwerk von Bürgerinitiativen gegen Massentierhaltung in der Region Hannover), der BUND, der NABU, die Bürgerinitiative Wietze und einige andere. Natürlich arbeiten wir auch mit den grünen Fachpolitikern auf Regions- und Landesebene zusammen. Last but not least unterstützen wir Initiativen, die das Verhältnis zwischen bäuerlichen Betrieben

und Verbrauchern auf eine ganz andere Art gestalten wollen, beispielsweise die Erntegemeinschaft Hannover/Solidarische Landwirtschaft (www.erntegemeinschaft.de).

Da die wichtigsten agrarpolitischen Entscheidungen im Zuge der Reform der EU-Agrarpolitik in Brüssel fallen, versuchen wir auch dort, der Lobbymacht der Agrarindustrie etwas entgegenzusetzen, indem wir Briefe an niedersächsische EU-Abgeordnete schreiben. Das sind zwar nur kleine Nadelstiche, aber auch die EU-Politiker sollen den Frust der Bürger über die wie Pilze aus dem Boden sprießenden Massentierställe spüren – schließlich bestimmt das Parlament inzwischen bei der Agrarpolitik mit.

Eine eigene Homepage haben wir leider noch nicht, aber auch das steht auf unserer To-do-Liste. Wer sich für die Thematik „Land und Tier“ interessiert, kann sich auf der hervorragenden Homepage von Christian Meyer einlesen unter dem Stichwort „Themenspezial Stallbauboom“. Natürlich werden wir auch im Kommunalwahlkampf mit Aktionen aktiv sein. Aber wir sind eine junge AG, die Zahl der Aktiven ist noch klein. Und deshalb werben wir für's Mitmachen.

Wir sind grundsätzlich offen nicht nur für Parteimitglieder, sondern für alle Menschen mit Interesse am Thema. Unser nächstes Treffen findet am 28. Juni auf dem Hof von Biobauer Maage in Benthe statt – mit Hofführung und Einblick in den Biolandbau (siehe Termine auf S. 16).

CHRISTIANE HUSSELS

christiane.hussels
@arcor.de



ZUKUNFTSCHANCEN FÜR PATTENSEN

Industrielle Tierproduktion - Chance oder Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt? Eine Podiumsdiskussion.

Viele Pattenser BürgerInnen bewegt der geplante Putenmaststall in ihrem Ort. Neben Tierschutzaspekten spielt auch die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt eine Rolle.

Fr., 17.06.2011, 19:00 Uhr, Ratskeller, Marktplatz 1, Pattensen.

AUS DEM LANDTAG

DEBATTE ZUM ATOMAUSSTIEG

Die grüne Landtagsfraktion hat sich aktuell mit der engen Begleitung der bundesweiten grünen Debatte über den Atomausstieg und den besonderen niedersächsischen Wünschen für eine nötige neue Endlagersuche beschäftigt (mehr dazu aktuell in diesem Heft und demnächst in vielen Diskussionen).

MITMACHHAUSHALT

Daneben haben wir in jüngster Zeit intensiv die Schuldenbremse und die strukturelle Unterfinanzierung des Landeshaushaltes diskutiert. Ein Instrument, um für finanzielle Einschnitte und den Bedarf von Mehreinnahmen mehr öffentliches Interesse und Verständnis zu erlangen, ist nach unserer Ansicht der "Mitmachhaushalt". Die Bürgerinnen und Bürger sollen in der Haushaltspolitik in Niedersachsen in Zukunft konkret mitreden und selbst Vorschläge für Einsparungen, Einnahmeverbesserungen und Umschichtungen zur Diskussion stellen können. Nach den Sommerferien wird unter www.gruene-niedersachsen.de ein interaktives Diskussionsforum frei geschaltet werden. Der Mitmachhaushalt greift wesentliche Elemente des schon in verschiedenen Städten und Gemeinden praktizierten Modells der kommunalen Bürgerhaushalte auf.

Das konkrete Beteiligungsverfahren soll über detaillierte Fragen an die BürgerInnen organisiert werden, in denen die Zustimmung beziehungsweise Ablehnung von Vorschlägen zu Einsparungen etwa im Personalbereich, oder zu Einnahmeverbesserungen wie der Anhebung des Spitzensteuersatzes in Erfahrung gebracht werden sollen. Weitere Fragen beschäftigen sich mit Vorschlägen zu Umschichtungen im Haushalt, wie zum Beispiel bei den Investitionen in den Straßenbau oder für den Ausbau des Schienennetzes. Zusätzlich wird auch nach eigenen Haushaltsideen der Bürger gefragt.

Die Anregungen und Voten der Bürgerinnen und Bürger werden ausgewertet und intensiv geprüft. Und vieles davon wird dann auch konkret in die laufenden Haushaltsberatungen einfließen können!

WIRTSCHAFTSPARTEI FDP?

Niedersachsens Bevölkerung hat offenbar schon länger gespürt, dass die ehemalige „liberale Wirtschaftspartei“ FDP inzwischen ein Schatten ihrer selbst ist. Nur noch 4% der Niedersachsen trauen der FDP laut aktueller NDR Umfrage noch wirtschaftspolitische Kompetenz zu.

Nicht erst seit den Veröffentlichungen der vergangenen Tage wissen wir über viele unnütze und nach zweifelhaften Maßstäben vergebene Fördergelder. Da wurden im Zuge der Förderung Arbeitsplätze abgebaut, statt neue zu schaffen; Konzerne mit hohen Millionengewinnen wurden zusätzlich subventioniert und mancher Auftrag war schon vergeben, bevor ein Förderantrag gestellt wurde.

Da die Wirtschaftsförderung bislang nur nach dem Stichprobenprinzip bei weniger als 10% der Förderungen seit 2005 vom Rechnungshof geprüft wurde, sind sogar eine große Anzahl weiterer Fälle über die bisher ca. 20 mit fehlerhafter Förderzusage zu befürchten.

Die Leidtragenden und Betroffenen sind nach Meinung von Enno die SteuerzahlerInnen und die vielen Unternehmen, die aufgrund der unkorrekten Entscheidungen in diesen Jahren bei der Wirtschaftsförderung trotz guter Anträge leer ausgegangen sind.

Damit haben die in diesen Jahren Verantwortung tragenden Wirtschaftsminister Hirche, Rösler und Bode Niedersachsen um Arbeitsplätze und Investitionen gebracht und gegen ihren Amteid verstoßen, der sie zur Abwehr von Schaden für das Land verpflichtet.

ENNO HAGENAH
enno.hagenah@lt.niedersachsen.de
Tel.: 0511 3030-3308



AUS DER REGION

FÖRDERSCHULE „AUF DER BULT“ WIRD NEU GEBAUT

Die regionseigene Förderschule „Schule auf der Bult“ in Hannover soll für rund 14,6 Millionen Euro neu gebaut werden. Als Baubeginn für das neue Förderzentrum für emotionale und soziale Entwicklung ist das Frühjahr 2013 angepeilt. Der Sanierungsbedarf der Schule ist so groß, dass nur ein Neubau oder eine aufwändige Sanierung in Frage kam. Der Entwurf des Neubaus in Passivhausbauweise war im Januar in einem Architektenwettbewerb prämiert worden. Das dreigeschossige Gebäude soll in einer Baulücke auf dem Gelände der jetzigen Schule errichtet werden, dabei wird der alte Baumbestand erhalten.

Die Regionsfraktion begrüßt diesen Vorschlag, da das Wettbewerbsergebnis eine optimale Umgebung für die Förderung der Schülerinnen und Schüler gewährleistet. Der jetzige Bau ist sowohl den Schülerinnen und Schülern als auch den Lehrerinnen und Lehrern nicht mehr zuzumuten. Mit dem Neubaubeschluss gibt es eine Perspektive für Verbesserung.

Der Neubau der Schule auf der Bult wird auf absehbare Zeit das letzte Neubauprojekt der Region Hannover im Förderschulbereich sein. Denn die Diskussion um die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Benachteiligungen ist aktueller denn je. Durch die Konzeption als Förderzentrum passt sich der Neubau auch in die künftige inklusive Schullandschaft ein.

EINE SCHULE FÜR ALLE – INKLUSION JETZT

Unter diesem Titel laden die Regionsfraktion und die Ratsfraktion Hannover gemeinsam zu einer Podiumsdiskussion am 29. Juni 2011 um 19:00 Uhr (Haus der Region, Hildesheimer Straße 18, Saal 003) ein. Wir freuen uns mit Professor Hans Wocken aus Hamburg, Dr. Peter Wachtel aus dem Kultusministerium, Ina Korter aus dem Landtag und Dr. Jan Vahlbruch vom Aktionsbündnis „Eine Schule für alle“ ausgewiesene Expertinnen und Experten auf dem Podium begrüßen zu können. Wir wollen wir auf dem Podium und mit dem Publikum folgende

Fragen diskutieren: Welche Chancen bietet ein inklusives Bildungssystem? Welche Rahmenbedingungen müssen berücksichtigt und verändert werden? Und wie können die ersten kommunalpolitischen Schritte für eine erfolgreiche Umsetzung aussehen? Ein inklusives Bildungssystem ist ein ehrgeiziges Ziel und erfordert enorme strukturelle Anstrengungen. Hierzu wollen wir das von Stadt- und Regionsverwaltung vorgelegte Eckpunktepapier zur kommunalen Umsetzung vorstellen, diskutieren und auf den Prüfstand stellen. Alle Interessierten sind herzlich dazu eingeladen.

VERKEHRSANGEBOT VERBESSERN

Mit zwei Initiativen will Rot-Grün das Verkehrsangebot in der Region verbessern: Mit der Einführung des Sozialtickets wurde bereits für alle berechtigten Kinder ein KinderTagesTicket S eingeführt, das an einem Tag für beliebige viele Fahrten gilt. Diese Möglichkeit soll künftig mit einem allgemeinen KinderTagesTicket allen Kindern offen stehen. Für die älteren KundInnen soll die Attraktivität des SammelTickets, also der vier bis sechs ‚im Block‘ verkauften Einzelfahrscheine wieder gesteigert werden. Über die Jahre hatte sich der Rabatt gegenüber dem EinzelTicket merklich verringert und beträgt heute zwischen drei und acht Prozent.

Eine neue Buslinie von Velber über Harenberg nach Seelze soll ab Dezember eine einzigartige Lücke in unserem Busnetz schließen. Alle anderen Ortsteile sind bereits direkt an ihre Kernstädte angeschlossen.

Die S-Bahn S5 soll sonnabends von 18 bis 21 Uhr halbstündlich statt wie bisher stündlich verkehren.

Die Fraktionen erwarten durch diese zusätzlichen Angebote neue Fahrgäste und Mehreinnahmen.

EURE REGIONSFRAKTION
gruene@region-hannover.de
Tel.: 0511 616 22 084

GRÜN IM LÄNDLE

Was war das für eine Landtagswahl! Nach 58 Jahren löst Winfried Kretschmann mit einer Grün-Roten Koalition die CDU in der Regierung ab. Was war da los? - Christian Gailus, Vorsitzender des Grünen Regionsverbands, war während des Wahlkampfes in Karlsruhe und traf dort auf den jetzigen Ministerpräsidenten.



DREIMAL GRÜN: WINFRIED KRETSCHMANN MIT CHRISTIAN GAILUS UND MICHÈLE KAHL.

Eine Woche vor der Wahl war ich privat in Karlsruhe. Schon bei der Ankunft sah ich das übliche Wahlkampfplakat: Überall Wahlplakate. Beim ersten Erkunden der Umgebung wurden wir gleich von einem Journalisten nach unserer Meinung zum Moratorium der Bundesregierung gefragt. Nicht mal im Urlaub lässt einen die Atompolitik von Schwarz-Gelb in Ruhe! Der Journalist hatte dann wohl auch unsere Einstellung richtig gedeutet und empfahl uns als Ortsfremden gleich das neue vegetarische Restaurant in der Nähe.

Die Veranstaltung mit Winfried Kretschmann am nächsten Tag auf dem Karlsruher Marktplatz, in die wir unwissend hinein gelaufen sind, stand unter dem Eindruck von Fukushima. Das geplante grüne Sofa wurde durch Stühle ersetzt und auch sonst war die Deko nüchtern gehalten.

Erstaunlich war trotzdem, wie das Gespräch auf der Bühne die Menschen fesselte. Ob Bildung, Klimaschutz, Energiewende, Finanzen oder natürlich Stuttgart 21, im Mittelpunkt stand bei fast allen Themen die Einbeziehung der BürgerInnen. Es ging Winfried Kretschmann nicht nur darum, BürgerInnenbegehren und BürgerInnenentscheide zu erleichtern, sondern darum, eine neue Art des Umganges miteinander zu finden, einen neuen Politikstil. Den Weg dorthin sieht Kretschmann im Zuhören und in einem frühzeitigen Einbeziehen

der BürgerInnen: "Ein Wechsel ist möglich!"

Bei aller Euphorie holte Kretschmann die ZuhörerInnen gleich auf den Boden der Tatsachen zurück und machte klar, dass diese Forderungen nicht von heute auf morgen umsetzbar und auch nicht bei jedem Projekt anwendbar sind. Dass Stuttgart 21 noch zu verhindern ist, hat Winfried Kretschmann nicht versprochen, sagte aber zu, sich gegen das Projekt und für einen Kopfbahnhof stark zu machen. Die nüchterne Bemerkung, "Auch ich koche nur mit Wasser", sorgte für Heiterkeit und auch er selbst musste dadrüber lachen.

Auch wenn die Menge von ca. 250 Menschen überschaubar war, jede Altersklasse und Milieu waren vertreten. Ich hatte das Gefühl, dass die Menschen sich verstanden fühlten und die Grünen hier offenen Türen betreten, da die Lebenssituation vieler EinwohnerInnen schon grün ist.

Wenn man sich in Karlsruhe umschaute, fielen einem sofort die vielen Fahrräder auf, die Bioläden und die Parks. Auch auf dem Weg in die Stadt war eine Vielzahl von Photovoltaikanlagen auf den Dächern erkennbar.

Ein klein wenig Volksparteistimmung war im Ländle zu spüren - mit Bier und Bionade.

CHRISTIAN GAILUS

gailus@
gruene-hannover.de



IM ZEICHEN DER ENERGIEWENDE

Grüne besuchten Hannover Messe 2011.

Auch in diesem Jahr besuchten wieder Mitglieder der Grünen Ratsfraktion und der Regionsfraktion gemeinsam mit weiteren interessierten Grünen die Leitmesse Energie und Wind auf der Hannover Messe 2011. Wir wollten uns auf der Hannover Messe darüber informieren, wie hannoversche Unternehmen an der Energiewende mitwirken.

Bereits heute stammen 20 Prozent des Strombedarfs für hannoversche Privathaushalte aus regenerativer Energieerzeugung, bis 2020 sollen es 100 Prozent sein. Wie dringend notwendig diese Energiewende weg von der Atomenergie und hin zu den erneuerbaren Energien ist, hatte die nukleare Katastrophe im japanischen Atomkraftwerk Fukushima auf dramatische Weise deutlich gemacht. Mit den hannoverschen Firmen Windwärts Energie GmbH, Kraftwerk Kraft-Wärme-Kopplung GmbH und Stadtwerke Hannover AG haben wir daher Unternehmen besucht, die in Hannover für den Umstieg auf dezentrale, effiziente, regenerative und damit umweltfreundliche Energieträger stehen.

Die Firma Windwärts sorgt als erfolgreicher Projektentwickler seit 1994 für den Ausbau erneuerbarer Energien im In- und Ausland. Insgesamt hat die Windwärts Energie GmbH bisher 127 Windenergieanlagen, 28 Photovoltaikanlagen und eine Biogasanlage mit einer Gesamtleistung von 233 Megawatt und einer Jahresstromproduktion von 470 Millionen Kilowattstunden realisiert. Das entspricht dem Strombedarf von ca. 157.000 Privathaushalten. In Zukunft will Windwärts, wie uns am Stand erklärt wurde, im Windenergiebereich vor allem auf das Repowering alter Anlagen setzen, weil die Flächenausweisung für neue Windenergiestandorte zunehmend schwieriger wird.

Kraftwerk stellt seit 1996 auf dem Ökologischen Gewerbepark in Hannover-Linden hocheffiziente Blockheizkraftwerke für eine dezentrale Erzeugung von

Wärme und Strom her. Leider spielt jedoch, so mussten wir am Stand hören, die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), das heißt die gleichzeitige Erzeugung und Nutzung von Strom und Wärme, in den Energiekonzepten der schwarz-gelben Bundesregierung keine Rolle. Dabei sind Blockheizkraftwerke (BHKW) mit einem Gesamtwirkungsgrad von bis zu 95 Prozent, einem entsprechend geringem CO₂-Ausstoß und der guten Regelbarkeit eine ideale Ergänzung für Strom aus erneuerbaren Energien. Durch den Einsatz von Biogas oder Biomasse werden BHKW selbst zu einer Erneuerbaren-Energien-Technologie, die vernetzt sogar Großkraftwerke ersetzen können. Für uns Grüne sind sie daher ein wesentlicher Bestandteil der Energiewende.

Zum Abschluss unseres Messebesuchs hatten wir am Stand der Stadtwerke Hannover Gelegenheit mit Harald Noske, dem Technikvorstand der Stadtwerke, über die neue „Unternehmensstrategie K 2020“ zu diskutieren. Die Stadtwerke Hannover wollen damit in den nächsten Jahren 590 Millionen Euro in regenerative Energieerzeugung investieren, um so bis 2020 alle hannoverschen Privathaushalte komplett mit Strom aus erneuerbarer Energieerzeugung versorgen zu können. Alle drei von uns besuchten Unternehmen sind wichtige Partner, um im Rahmen des städtischen Klimaschutzaktionsprogramms und des Klimaschutzrahmenprogramms der Region mittels Energieeinsparung, höherer Effizienz bei der Energieerzeugung und dem Ausbau der erneuerbaren Energien den CO₂-Ausstoß in der Region Hannover bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Wobei auch dies nur ein Zwischenschritt zu unserem Ziel einer klimaneutralen Region Hannover - mit 100 Prozent erneuerbaren Energien - bis spätestens 2050 ist.

MICHAEL DETTE
michael.dette@hannover-rat.de



AUS DEM RATHAUS

BILANZ DER GRÜNEN RATSFRAKTION 2006 - 2011

Anlässlich der zu Ende gehenden Ratsperiode geben wir mit unserer Bilanzbroschüre 2006-2011 einen Überblick über wichtige Ergebnisse Grüner Politik in Hannover. Unser Fazit: Grüne Ratspolitik sorgt nachhaltig für einen sozial-ökologischen Kurs! Dafür stehen etliche umgesetzte oder angeschobene Projekte, zum Beispiel der Hannover-Aktiv-Pass, das Klimaschutzaktionsprogramm 2008-2020, der Prozess City 2020, der Ausbau der Kinderbetreuung U3, Schulmodernisierungen und Ganztagschulen für Integration und Bildung, der Gesellschaftsfond Zusammenleben, der Lokale Integrationsplan, die Modernisierung des Raschplatz-Pavillons, die Gründung der Hannover Holding mit hannoverimpuls als Jobmotor. Alles gewichtige Projekte mit Grüner Handschrift! Auch dadurch ist Hannover eine lebenswerte Stadt. Hierfür engagieren sich Grüne im Rat bereits seit 1981, somit seit 30 Jahren! Wegweisende Highlights Grüner Ratspolitik der '80er Jahre waren der kommunale Ausstieg aus der Atomenergie 1986, das Referat für Frauen und Gleichstellung seit 1986 und das Umweltdezernat seit 1988.

UMWELTZONE ABSCHLIESSEND BESTÄTIGT

Erfreulich, dass das Niedersächsische Obergericht im Mai 2011 die Umweltzone in Hannover für rechtmäßig beurteilt hat, und zwar abschließend. Eine Revision zum Bundesverwaltungsgericht ist nicht zugelassen. Die Klagen bleiben erfolglos, die Umweltzone bestehen, sie wird weiterhin zur Minderung verkehrsbedingter Luftschadstoffe beitragen. Es ist eine motivierende Botschaft, dass unser politischer Einsatz für die Gesundheit der Menschen in unserer Stadt von der Justiz bestätigt wird.

BUNDESHAUPTSTADT ARTENVIELFALT

Die Auszeichnung Hannovers als "Bundeshauptstadt der Biodiversität 2011" ist eine großartige Anerkennung für die vielfältigen Aktivitäten

zum Erhalt der Artenvielfalt. Zum Beispiel haben wir uns zusammen mit den Naturschutzverbänden intensiv dafür eingesetzt, dass heute zehn Prozent der städtischen Forstflächen der natürlichen Entwicklung überlassen sind. Zum Haushalt 2009 haben wir das Fünfjahresprogramm "Mehr Natur in der Stadt" beschlossen mit Maßnahmen für seltene Pflanzen- und Tierarten, für naturnähere Grünflächenpflege und Öffentlichkeitsarbeit für "Wildnis". Die Auszeichnung ist Anerkennung, den eingeschlagenen Weg fortzuführen.

MEHR ONLINE-BÜRGERINNENBETEILIGUNG

Ein Schwerpunkt des diesjährigen CeBit-Rundgangs unserer Ratsfraktion war das Thema Online-BürgerInnenbeteiligung. Das Hannoversche E-Government ermöglicht über hannover.de bereits Online-Dienstleistungen in der Stadtbibliothek, Informationen aus dem Geoinformationssystem, Online-Stellungnahmen zu Bauleitplanungen oder Online-Anträge für Veranstaltungen auf öffentlichen Flächen. Wir wollen einen Ausbau der Online-Nutzungsmöglichkeiten und mehr Möglichkeiten zum Dialog mit den BürgerInnen im Internet. Wir sehen dies als sinnvolle und zeitgemäße Ergänzung zu den bisherigen Beteiligungsformen. Die Anwendungsmöglichkeiten über das Internet sind umfassend: Gezielte internetgesteuerte Befragungen, online-Diskussionen, die interaktive Gestaltung eines Stadtplatzes. Ergebnisse daraus wären eine spannende Grundlage für politische Entscheidungen. Über die weitere Ausgestaltung der Online-BürgerInnenbeteiligung besteht Informations- und Beratungsbedarf, z. B. zu der Frage der Repräsentativität der Ergebnisse. Während junge Menschen bislang einen höheren digitalen Ausstattungsgrad aufweisen, besteht eventuell der Bedarf zur Verknüpfung herkömmlicher und moderner Beteiligungsformen.

EURE RATSFRAKTION
gruene@hannover-stadt.de
0511 168 454 33

FLIRTEN REICHT NICHT DENKANSTOSS

Die Grünen müssen dauerhaft die Herzen der Menschen gewinnen.



MINISTERPRÄSIDENT KRETSCHMANN: HOHE ERWARTUNGEN.
FOTO: LANDESMEDIENZENTRUM BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Grünen schweben auf Wolke sieben. Nun wurde auch noch bei den Wahlen in Bremen ein neues Rekordergebnis eingefahren. Die Wahl von Winfried Kretschmann zum baden-württembergischen Regierungschef zeugt davon, dass uns Grünen mittlerweile (fast) alles zugetraut wird. Bei der Veranstaltung unseres Stadtverbandes "Wir sind Ministerpräsident! Wohin führt der Weg der Grünen?" Mitte Mai waren sich die Anwesenden denn auch einig, dass die gegenwärtig in Umfragen und Wahlergebnissen ausgedrückte Anerkennung und Sympathie für unsere Politik keine Popularitätsblase ist, sondern in einer echten Verschiebung im Parteiensystem begründet liegt. Es ist gelungen, unsere politischen Kernthemen Umwelt- und Klimaschutz, Umbau der Energieversorgung/Anti-Atom und gesunde Ernährung/Verbraucherschutz tief im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern; gleichzeitig hat sich die Gesellschaft immer mehr in Richtung grüner Themen bewegt. Darum klopfen bei uns mittlerweile auch WählerInnen an, die bislang wenig an den Grünen interessiert waren, von parteipolitischen Skeptikern über enttäuschte Liberale und Sozialdemokraten bis zu Konservativen, denen die CDU nicht mehr wertorientiert genug ist. Die Erwartungen an die Grünen steigen – qualitativ und quantitativ.

Die Ursache dafür sind unsere große Glaubwürdigkeit und die klare Linie bei den Zukunftsthemen. Und es gehört noch etwas anderes dazu, das meiner Ansicht nach Heribert Prantl kürzlich in der Süddeutschen Zeitung sehr treffend auf den Punkt gebracht hat: Es gelänge uns fast auf

einzigartige Weise, die „Kontinuität und Beständigkeit einer politischen Partei mit der Präsenz, dem Potenzial und dem Elan von Bürgerinitiativen zu verbinden“, schrieb er. Wenn Prantl Recht hat, dann besteht das Erfolgsrezept der Grünen darin, dass es uns nicht darum geht, dem Volk nach dem Maul zu reden, sondern darum, die BürgerInnen bei Entscheidungen mitzunehmen und damit einer neuen Qualität der partizipativen Politik zum Durchbruch zu verhelfen.

Unser grüner Ministerpräsident in Stuttgart probiert das sogar mit einem eigenen Ressort „anders Regieren“. Und auch gerade in Hannover bewähren sich die Grünen seit Jahren als gestaltende Kraft, die es versteht, die BürgerInnen mitzunehmen. Wir sollten an dieser Linie weiter arbeiten und noch mehr Impulse für direkte Demokratie und Beteiligung geben. Das ist umso wichtiger, weil wir uns damit den neuen Herausforderungen an die Politik stellen.

Es wäre der größte Fehler, zu glauben, dass der nun monatelang anhaltende Aufstieg der Grünen – gleichsam automatisch – immer so weiter geht. Ich würde das derzeitige Verhältnis zwischen WählerInnen und Grünen als so etwas wie einen Massen-Flirt bezeichnen. Viele haben sich in die Grünen verliebt. Manche zum ersten Mal. Andere wieder neu. Aber flirten reicht nicht aus. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass es nicht bei einer politischen Schwärmerei bleibt, sondern dass wir die Herzen dieser Menschen dauerhaft gewinnen.

BRIGITTE POTHMER
brigitte.pothmer@
bundestag.de



Gleichberechtigung durch ein bedingungsloses Grundeinkommen?

Wenn man mal den Zeithorizont etwas weitet und betrachtet, was die Frauenbewegungen in vielen Jahrzehnten erreicht haben, so ist das wahrlich eine ganze Menge. Vieles ist selbstverständlich geworden, was noch vor 30 Jahren unmöglich war. Und doch scheint es, als geraten wir an Grenzen dieser Form der „Gleichberechtigung“. Und es entwickeln sich Auswüchse, die nicht mehr hilfreich sind.

Wenn – wie kürzlich geschehen – die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Goslar ihres Amtes enthoben wurde, auch weil sie eine männerdiskriminierende Aktion nicht unterstützen wollte, so lässt das aufhorchen. Und wenn man einmal eingefahrene Denkmuster verlässt und einfach mal „querdenkt“, kann man schon etwas ins Grübeln kommen.

Wir finden es vollkommen normal, dass wir Milliarden in den Ausbau und Unterhalt von Kitas und Krippen stecken, damit Frauen leichter in die Arbeitswelt der Männer eintauchen können. Und damit wird diese Welt der Männer – ohne zu hinterfragen – als ein wünschenswerter Zustand akzeptiert, ja sogar explizit als Wunschziel ausgegeben (Beispiel: Führungskräfte-Diskussion).

Doch ist das wirklich so? Die männlich geprägte Arbeitswelt steht für Wettbewerb und Wettkampf, für Leistung, die immer und jederzeit erbracht werden muss. Eigenschaften, die Männer in vielen Jahrtausenden trainiert haben. Männer gehen wesentlich seltener zum Arzt, und psychotherapeutische Hilfe braucht „Mann“ sowieso nicht – ist ja Weiberkram. Männer funktionieren, und Männer sterben früher – ob es da einen Zusammenhang gibt? Und wäre das dann wirklich eine wünschenswerte Gesellschaftsform? Und Frauen wollen da wirklich freiwillig hin, ohne diese Form des Lebens zu hinterfragen?

Der „sozialversicherungspflichtige Arbeitsplatz“, den wir Deutschen der Welt geschenkt haben und der aus der zutiefst patriarchalischen Denkweise vom Ende des 19. Jahrhunderts stammt, soll wirklich eine Antwort für das 21. Jahrhundert sein?

Auf der anderen Seite werden pro Jahr ca. 56 Mrd. bezahlte Arbeitsstunden geleistet – und ca. 96 Mrd. unbezahlte Arbeitsstunden – die letzteren natürlich überwiegend von Frauen. Warum regen sich Frauen über diese Ungerechtigkeit auf?

Nur so eine Idee: Wie wäre es denn, wenn wir unsere komplette Gesellschaftsform nicht männlicher, sondern weiblicher konzipieren würden:

Das generell die Regel, 38-40 Stunden jede Woche arbeiten zu müssen in Frage gestellt wird, dass es „normal“ wird, dass auch „Mann“ eher weniger arbeitet, mehr Zeit für die angenehmen Seiten des Lebens hätte, dass wir eine neue Form von Gemeinschaft in der Gesellschaft entwickeln würden.

Dass die Menschen nicht mehr nur für die Arbeit da wären, sondern die Arbeit für die Menschen.

Damit das finanziell klappt, bräuchte man dann ein bedingungsloses Grundeinkommen – jedes Mitglied unserer Gemeinschaft bekommt ein Grundeinkommen, denn jeder ist ein Mitglied eben dieser Gemeinschaft. Der Zwang ganztägig arbeiten zu müssen, entfällt – was ja nicht heißt, dass man das nicht trotzdem machen kann, aber dann eben freiwillig.

Finanziell ist das kein Problem. Auch Abseits der etwas problematischen und politisch sehr schwierig durchzusetzenden Vorschläge von Götz Werner gibt es jede Menge durchgerechneter und überprüfter Modelle. Die Frage ist also nicht, WIE man das machen kann, sondern OB wir das wollen. Wer das leugnet, müsste sich nur die Mühe machen, sich zu informieren.

Dass die Mächtigen, die Reichen, die davon profitieren dass Menschen arbeiten müssen, die Zwang ausüben wollen, die Menschen sehr gerne kontrollieren und bewerten – also alle, die aus der jetzigen Situation Vorteile genießen, etwas dagegen haben, ist klar. Aber warum sollte das uns abhalten wenigstens darüber nachzudenken?

FORTSETZUNG AUF SEITE 15

FORTSETZUNG VON SEITE 14

Die 96 Mrd. unbezahlte Arbeitsstunden würden endlich entlohnt werden. Frauen bekämen für ihren Anteil, den sie bisher kostenlos für unsere Gesellschaft erbringen, Geld. Die männlich dominierte Arbeitswelt würde an Attraktivität verlieren – gerade auch für Männer! Wer sagt denn, dass Männer, nur weil sie lebenslang entsprechend konditioniert wurden, diese Welt wirklich so toll finden? Immer Leistung bringen, immer Arbeit haben zu müssen um eine Familie zu ernähren? Als Verlierer zu gelten, wenn man keinen Arbeitsplatz hat oder als „Hausmann“ nicht für voll genommen zu werden? Oft das tun zu müssen was man soll und somit keine Zeit zu haben für das, was man eigentlich tun will? Es könnte sich eine viel gemischtere Lebenswelt entwickeln, wo gerade diejenigen arbeiten, für die sich etwas Spannendes und Lukratives anbietet, und nicht einer 40 Jahre durcharbeitet. Je nach Lebenssituation könnte das neu austariert werden. Schulabschlüsse, Fort- und Weiterbildungen könnten sich über ein Leben hinziehen, auch das würde „normal“ werden. Lebensläufe werden bunter und reichhaltiger – und zwar für Frauen und Männer! Und die Lebenswelten – und nicht nur die Arbeitswelt – von Männern und Frauen kommen sich näher, sie gleichen sich an, und es müssen sich nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer bewegen. Wir haben uns angewöhnt, nur noch zu reagieren: Auf Arbeitslosenzahlen, auf vermeintlich fehlende Arbeitsplätze, obwohl immer weniger Menschen trotz Arbeit davon nicht leben können, auf soziale Problem- und Schief lagen. Ein Gesetz jagt das nächste, die katastrophalen Hartz-Gesetze erfordern immer neue Reparaturen wodurch aber alles nicht besser wird, die Spaltung der Gesellschaft schreitet in einem erschreckenden Ausmaß voran – und uns fehlen die Visionen für eine bessere Welt.

Wer, wenn nicht wir Grüne, soll denn neue Visionen entwickeln? Vor 25 Jahren galt der Atomausstieg als Traum. Es wird langsam Zeit, dass wir wieder lernen, zu träumen....

CHRISTOPHER BODIRSKY

info@christopher-bodirsky.de



LOVE IS THE MESSAGE

Der australische Singer/Songwriter Mijo Biscan gastierte im Mai "Bei Petra K." - Patrick Drenske sprach mit ihm über den Zusammenhang zwischen Musik und Politik.



MIT DEM BLICK DES KÜNSTLERS: MIJO BISCAN.

Siehst du dich als einen politischen Menschen? Und falls ja, was braucht die Menschheit am dringenden, um in einer „besseren Welt“ zu leben?

Ich habe erst in den letzten fünf Jahren angefangen, ein politisch interessierter Mensch zu werden und diese umfangreiche Frage kann ich kaum mit einem Wort beantworten. Wenn ich es wirklich auf ein Thema runterkochen soll, dann ist dieses Thema die Liebe. Leider ist Liebe momentan für kein Land ein politisches Ziel. Große Teile der politischen Auseinandersetzung drehen sich um Eingriffe in die Wirtschaft, internationales Abenteuerertum, finanzielle Umverteilung und haben eine Tendenz zugunsten der Interessen von großen Konzernen und Banken. Ich habe begonnen, mich für Politik zu interessieren, weil ich gemerkt habe, dass Regierungen nicht die richtige Adresse sind, um die Liebe voran zu bringen, aber sie können für die Absicherung der Rechte sorgen, so dass die EinwohnerInnen ihrer Länder ihr persönliches Glück erreichen können, egal welchen Weg sie wählen.

Wie trägst du zu diesem Ziel bei?

Mein Beitrag ist, ein aktiver Teil darin zu sein! Liebe ist mächtig. Bei jedem Lied, das ich schreibe und bei jedem meiner Konzerte achte ich darauf, dass es ehrlich, authentisch und positiv ist und Spaß macht. Ich denke diese Be-

griffe fassen zusammen, worum es meiner Meinung nach im Leben geht. Für mich ist es wichtig, dass meine Musik Substanz hat und meine wirklichen Erfahrungen mit der Welt widerspiegelt. Ich schreibe meine Lieder mit Liebe, trage sie mit Liebe vor und das ist es, was die Menschen positiv beeinflusst.

Ist deine Musik politisch?

Meine Musik ist nur insofern politisch, dass ich versuche, die Menschen zum Nachdenken über die Welt und ihren Platz darin zu bewegen: Was ihr Handeln bedeutet, wer sie sind, und auch, sie zu inspirieren und ihr Glück zu finden. Die politischen Probleme, die uns beschäftigen sind nur Reflektionen der moralischen Probleme unserer Gesellschaft. Auf dem Papier mag es schnell gehen, Probleme zu lösen, aber menschliches Verhalten ändert sich nur langsam. Ich behandle politische Themen nicht direkt, weil ich denke, dass sie ein Symptom dessen sind, was eine Gesellschaft will. Politiker und Regierungen sind immer ein Jahrzehnt hinter dem zurück, was die Menschen wirklich wollen. Je mehr die Menschen nach wirklichem Glück streben, desto mehr wird sich Politik in Richtung der Gleichberechtigung, der Freiheit, des Friedens, des Mitgefühls und der Liebe entwickeln.

**INTERVIEW: PATRICK DRENKE
ÜBERSETZUNG: CHRISTIAN GÜNTHER**

HALLO!

Rahel Missal ist neue Geschäftsführerin des Grünen Stadtverbands Hannover.



RAHEL MISSAL

Liebe Grüne, zum 1. Juni 2011 hat Jan Haude die Geschäftsführung des Stadtverbands Hannover aufgegeben, um sich verstärkt seinem Amt als Landesvorsitzender Niedersachsens widmen zu können. Ich habe übernehme nun seine Stelle in der Geschäftsführung des Stadtverbands. Mein Name ist Rahel Missal, ich bin 28 Jahre alt und habe an der Leibniz Universität Hannover Religionswissenschaft und Deutsche Literaturwissenschaft studiert. Anschließend habe ich mich in Köln zur Fach- und Wissenschaftsredakteurin weiterbilden lassen.

Da ich bereits seit April in der Geschäftsstelle arbeite, habe ich einige von Euch – vor allem im Kontext des angelaufenen Wahlkampfes – bereits kennen lernen dürfen. In der Geschäftsstelle des Grünen Zentrums fühle ich mich nicht nur aufgrund der netten und hilfsbereiten KollegInnen und Mitglieder sehr wohl – auch die abwechslungsreichen Abläufe, die das politische Tagesgeschäft mit sich bringt, bereiten mir große Freude.

In den nächsten Monaten werde ich neben dem Tagesgeschäft gemeinsam mit Jan Haude den Kommunalwahlkampf betreuen, da Jan dem Stadtverband bis September als Wahlkampfmanager erhalten bleibt. An dieser Stelle gibt es deshalb auch noch keine großen Abschiedsworte für Jan. Ich möchte mich aber schon herzlich für die geduldige und umfangreiche Einarbeitung bedanken, die mir in den letzten zwei Monaten sehr geholfen hat und freue mich auf einen spannenden und erfolgreichen Wahlkampf!

RAHEL MISSAL

stadt@gruene-hannover.de



BESONDERE ORTE - BESONDERE BESUCHE

Die Veranstaltungsreihe des Regionsverbands geht in die nächste Runde.

In der Region Hannover finden sich viele besondere Orte, die kennen zu lernen sich lohnt. Mit der Veranstaltungsreihe "Besondere Orte - Besondere Besuche" möchte der Grüne Regionsverband Interesse für diese Orte wecken und interessierten BürgerInnen einen Einblick ermöglichen.

Die nächsten Termine:

Dienstag, 14.06.2011, 17:00 Uhr: Das etwas andere Kaufhaus - Besuch bei der fairKauf eG. Mit Brigitte Pothmer.

Donnerstag, 16.06.2011, 17:00 Uhr: Besuch des Plus-Energie-Gebäudes von AS Solar. Mit Enno Hagenah.

Freitag, 17.06.2011, 16:00 Uhr: Familienfest auf dem Stadtteilbauernhof Mit Ingrid Wagemann.

Sonntag, 26.06.2011, 11:00 Uhr: Besuch des Erlebnisgartens, der Drachenhöhle, Schatzsuche am Burgbergturm und Wanderung zur Kindermühle in Gehrden. Mit Heinz Strassmann.

Donnerstag, 18.08.2011, 16:00 Uhr: Einblicke, Einsichten, Erkenntnisse: Die Firma ist weiblich - Zu Besuch beim Unternehmerinnen-Zentrum Hannover. Mit Brigitte Pothmer.

Weitere Informationen und Anmeldung unter www.gruene-hannover.de

I M P R E S S U M

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Brigitte Deyda, Christian Gailus, Herbert Hoppe, Michael Dette, Dietmar Beck, Sven-Christian Kindler, Carolin Jaekel, Marcus Blumtritt, Brigitte Nieße, Michèle Kahl, Detlef Knauer, Jan Haude, Stefan Weigang, Brigitte Pothmer, Daniela Kauhausen, Torsten Fiebig, Ingrid Wagemann, Dorota Szymanska, Regine Kramarek, Ulrich Schmiersow, Norman Seibert, Christiane Hussels, Maaret Westphely, Enno Hagenah, Dirk Musfeldt, Günter Wulfert, Christopher Bodirsky, Patrick Drenke, Ulrike Witte, Rahel Missal, Jan Haude, Ronald Schütz und Christian Günther (V.i.S.d.P.).

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 0511-1316224.

Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier.

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 0511-96546-0

Grüne Seiten werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Die nächsten Grünen Seiten erscheinen voraussichtlich im Oktober 2011.



Bündnis 90/Die Grünen
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover

Tel. 0511/300 88 66,
Fax 0511/300 89 66

region@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de

Bankverbindung:
Kontonr.: 8418700
Bank für Sozialwirtschaft
Bankleitzahl: 251 205 10

MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig. Der Mitgliedsbeitrag beträgt ein Prozent des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht! Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.

T E R M I N E

15.06. 17:30
SolidaRegion - Wie wollen wir in Zukunft leben? - Wahlkampfauftakt des Grünen Regionsverbands mit Cem Özdemir. FAUST, Warenannahme

16.06. 17:00
Besuch Plus-Energie-Gebäude AS Solar in der Reihe "Besondere Orte - Besondere Besuche". Nenndorfer Chaussee 9, 30453 Hannover.

16.06. 18:00
AG Umwelt, Haus der Region, Raum 63

17.06. 16:00
Familienfest auf dem Stadtteilbauernhof in der Reihe "Besondere Orte - Besondere Besuche". Rumpelstilzchenweg 5, 30179 Hannover

17.06. 19:00
Zukunftschancen für Pattensen, Podiumsdiskussion zur Stadtentwicklung. Ratskeller in Pattensen, Marktplatz 1.

20.06. 17:30
AG Soziales, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG

20.06. 19:00
Perspektiven für Palästina aus grüner Sicht. Bei Petra K., Senior-Blumenberg-Gang 1, UG

21.06. 18:00
AG Kinder & Jugend, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG

23.06. 18:00
AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG

24.06. 18:00
Schulung Internetwahlkampf für Ortsverbände und Stadtteilgruppen. Senior-Blumenberg-Gang 1, EG

26.06. 11:00
Besondere Orte - Besondere Besuche in Gehrden, Erlebnisgarten des NABU am Ziegeleiweg.

28.06. 18:30
AG Land und Tier, Biolandhof Maage, 30952 Ronnenberg OT Benthe

29.06. 19:00
Eine Schule für alle - Inklusion jetzt! Podiumsdiskussion Haus der Region, Raum 003

01.07. 18:00
Wahlkampftraining für Ortsverbände und Stadtteilgruppen, Senior-Blumenberg-Gang 1

04.07. 17:30
Verkehrs-AG, Haus der Region, Raum 63

04.07. 19:00
Grüne Frauen feiern „25 Jahre Referat für Frauen und Gleichstellung“ der LHH im Grünen Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG (nur für Frauen!)

26.07. 18:30
AG Land und Tier, Senior-Blumenberg-Gang 1

18.08. 16:00
Besuch beim Unternehmerinnen-Zentrum Hannover in der Reihe "Besondere Orte - Besondere Besuche". Hohe Str. 9 und 11, Hannover-Linden

23.08. 18:30
AG Land und Tier, Senior-Blumenberg-Gang 1

27.08.
Rock gegen Atom, Halle 9 in Uetze

27.08. 19:30
Grün Rockt - Wahlkampf-Open Air der Burgdorfer Grünen

31.08. 18:00
AG Umwelt & Energie, Neues Rathaus, Raum Leipzig

05.09. 18:00
AG Bauen, Wohnen & Verkehr, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG

11.09.
Kommunalwahl 2011

11.09. 17:30
Wahlparty des Grünen Stadtverbands in der FAUST Warenannahme

20.09. 18:30
AG Land und Tier, Senior-Blumenberg-Gang 1

06.10. 18:00
AG Umwelt & Energie, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG

10.10. 18:00
AG Bauen, Wohnen & Verkehr, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG

18.10. 18:30
AG Land und Tier, Senior-Blumenberg-Gang 1

DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR IM GRÜNEN ZENTRUM.

INTERESSENTINNEN SIND HERZLICH WILLKOMMEN!

